Preis 10 Pfennig. Preis 10 Pfennig.

Die Rote Fahne.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Wolfgang Bartels; für Gewerkschaftliches und Lokales: Paul Bergmann; für Anzeigen: Joh. Möller; Verlag: Paul Dittmann, sämtlich in Hamburg.

Nr. 22. Montag, den 2. Dezember 1918. 1. Jahrgang.

An die Leser der „Roten Fahne"!

Werte Genossinnen und Genossen!

Vom heutigen Tage an erscheint die „Rote Fahne" als das

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Sie wird in Zukunft getreu den Richtlinien geleitet werden, die für die Politik der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Geltung haben.

Gleichweit entfernt von jeder Annäherungspolitik an die alte bürgerliche Gesellschaft und die Ueberbleibsel ihrer Parteien als auch von einer aussichtslosen „kommunistischen" Putschpolitik, wird sie die

Interessen der werktätigen Bevölkerung

des hiesigen Städtegebiets rückhaltlos, und wenn es sein muß, auch rücksichtslos zu vertreten und zu wahren suchen.

Bei aller schuldigen Rücksichtnahme, die durch den einmütig bekundeten Willen der Gesamtarbeiterschaft des hiesigen Städtegebiets zum einmütigen Handeln im Sinne der

Sicherung und Weiterführung der Revolution

geboten erscheint, wird die „Rote Fahne" doch weder nach rechts noch nach links etwa sich als notwendig erweisenden Auseinandersetzungen auszuweichen suchen. Aber der Austrag dieser Differenzen wird in sachlicher, würdiger Form erfolgen.

Ohne dazu gezwungen zu werden, wird die „Rote Fahne" niemals das von der Gesamtarbeiterschaft des Städtegebiets geschlossene Arbeitskompromiß stören.

Zur Uebernahme des Blattes durch die Unabhängige Sozialdemokratische Partei diene folgende Aufklärung:

„Als „Amtliches Organ des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates" kam die „Rote Fahne" aus verschiedenen Gründen, die hier nicht des Näheren erörtert werden sollen, schon länger nicht mehr in Betracht. Dieser Untertitel war vollends zur Farce geworden, nachdem der Arbeiter- und Soldatenrat von Hamburg-Altona und Umgegend ein eigenes Pressebureau im Rathause errichtet hat, von dem die gesamte hiesige Presse gespeist wird. Die „Rote Fahne" konnte also nur noch das Organ einer Partei sein, und da allerdings warf sich die Frage auf: Welcher sozialdemokratischen Parteirichtung soll das Blatt dienen? In den ersten Revolutionstagen hat man dieser Frage weniger Beachtung geschenkt. Alle Dinge waren in Fluß. Im Taumel der Revolution waren die Grenzlinien zwischen den einzelnen Parteirichtungen verwischt. Als dann aber die ungeheure Sturmflut, die scheinbar alle Dämme brach, zurückebbte, da zeigte es sich, daß die Arbeiterschaft wohl einig in der Geschlossenheit zur Erreichung des gemeinschaftlichen Zieles, nicht aber geeint im Entschluß über den einzuschlagenden Weg dastand. — Nachdem sich die Anhänger der sog. Mehrheitspartei wieder in den Besitz des „Hamburger Echo" setzten, allerdings unter der Zusage, daß auch die „Rote Fahne" in denselben Räumen vorläufig weitererscheinen könne, als dann infolge der Schreibweise der „Roten Fahne" die Gegensätze zwischen den Unabhängigen und der von den Linksradikalen besetzten Redaktion immer schärfer hervortraten, da wurde die Frage unabwendbar, wer denn eigentlich den Massen gegenüber für die „Rote Fahne" verantwortlich, wer den Massen gegenüber zur Uebernahme des Organs auf die Partei verpflichtet sei.

Bei einer Gegenüberstellung der allein in Frage kommenden Parteirichtungen der Unabhängigen und der Linksradikalen beantwortet sich diese Frage von selbst. Es ist dabei gleichgültig, ob man das Verhältnis der beiden Parteigruppen zu Beginn der Revolution oder das jetzige Verhältnis zur Grundlage nimmt.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei in Hamburg bei Ausbruch der Revolution unbestritten als ihre Hauptträgerin anerkannt, hatte es schon damals trotz aller Drangsalierungen auf eine Mitgliederzahl von mehreren Tausenden gebracht, eine Zahl, die sich in den Revolutionstagen bereits um das Vierfache erhöht hat und ständig im Wachsen begriffen ist, da die Ereignisse die Politik dieser Partei als richtig gerechtfertigt haben.

Eine Klarlegung der Frage, was diesen Tausenden auf der andern Seite an Aktiva gegenübersteht, wollen wir uns aus gewissen Rücksichten ersparen.

Trotz dieser klaren Sachlage haben um das Blatt zwischen den beiden Gruppen erbitterte Kämpfe stattgefunden, die nicht immer ganz wahrheitsgemäß in der „Roten Fahne" geschildert worden sind, und es haben sich Dinge abgespielt, auch in Versammlungen, die im Interesse der Revolution besser unterblieben wären.

Die Linksradikalen haben während dieser Auseinandersetzungen stets den unhaltbaren Standpunkt eingenommen, daß über den Besitz der „Roten Fahne" nur eine gemeinschaftliche Versammlung beider Gruppen entscheiden könne, trotzdem ihre leitenden Personen sich vorher in einer Kommissionssitzung mit der Uebernahme des Blattes durch die Unabhängigen einverstanden erklärt hatten.

Als Bedingung bei dieser Abmachung war auf unser Anerbieten festgesetzt, daß sie nach wie vor ihre Ansichten in dem Blatte zum Ausdruck bringen könnten — natürlich nicht an erster Stelle und als Richtschnur unserer Partei — und daß sie Sitz und Stimme in der Preßkommission erhalten sollten. — Erwähnt sei auch, daß, als am Tage dieser Abmachungen dem Blatte plötzlich das Papier gesperrt und so das Erscheinen des Blattes in Frage gestellt wurde, der Unterzeichnete erst nach Rücksprache mit den bereits erwähnten leitenden Personen der Linksradikalen — auch mit dem Redakteur Fröhlich — nach Berlin gefahren ist und die Weiterlieferung des Papieres erwirkt hat. Der Unterzeichnete ist dabei im vollen Einvernehmen mit den bezeichneten Genossen für die Unabhängige Partei als Verleger aufgetreten, so daß somit die Unabhängige Sozialdemokratische Partei durch ihn formell und rechtlich die Besitzerin des Blattes ist.

In Würdigung dieser Tatsachen hat sich die Versammlung der Unabhängigen Partei am 22. November 1918 auf den Standpunkt gestellt, und zwar mit allen gegen 6 Stimmen, daß die „Rote Fahne" als Organ der Unabhängigen zu erscheinen habe, und den Vorstand beauftragt, unverzüglich die erforderlichen Schritte in die Wege zu leiten.

Die Geschäfte der „Roten Fahne" hatten wir auf direkte Aufforderung der Linksradikalen bereits vorher in die Hand genommen.

Nun haben wir bisher trotzdem gezögert, den entscheidenden Schritt zu tun.

Als aber die Linksradikalen am Sonnabend, 30. November 1918, unsern Leuten in der Expedition in bündigen Worten erklärten, sie hätten am Montag, 2. Dezember 1918, alles, natürlich also auch das bisher vereinnahmte Geld, an die angeblich in das Handelsregister eingetragene Firma Anton Witkaschek & Co. abzuliefern, da die „Rote Fahne" nunmehr in deren Besitz übergegangen sei, da zwang uns die Notwehr zum Handeln.

Genossinnen und Genossen! Wir haben gehandelt wie wir es unserer Partei schuldig waren. Wir haben einen Schritt vollzogen, der im Hinblick auf die Schreibweise der „Roten Fahne" längst geschehen mußte, im Interesse der Arbeiterschaft, im Interesse der Revolution, ja, im Interesse des Sozialismus.

Wir wissen, daß man uns deshalb verleumden wird! Wir wissen, daß man erklären wird, wir hätten dieselben Praktiken verfolgt, die man früher von anderer Seite, an anderen Orten uns gegenüber angewendet hat. Man wird vielleicht behaupten, wir hätten den Linksradikalen das Blatt geraubt, obgleich sie es nie besessen haben, es nie besitzen konnten.

Im Bewußtsein unseres Rechtes werden wir unbeirrt von derartigen Vorwürfen unsern Weg gehen, und zwar ohne Hinzuziehung von sogenannten bürgerlichen Intellektuellen, und ohne von bürgerlicher Seite Geldmittel für die „Rote Fahne" zu erbetteln, wie wir solches leider unter der bisherigen Redaktion erleben mußten.

Hamburg, den 2. Dezember 1918.

Der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.
Kreisverein Hamburg und Umgegend.
J. A.: **P. Dittmann.**

Die Revolution und wir.

* Als die Revolution in Kiel ausbrach und von dort gleichsam strahlendörnig ihren Weg über Hamburg nach allen größeren Städten und schließlich in den entlegensten Winkel Deutschlands antrat, war es nur eine einzige Partei, die noch das Vertrauen der Masse, der revolutionären Soldaten und Arbeiter genoß: Es war die Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Die Kieler Matrosen verlangten nach Ledebour und Haase, als noch die „verhandlungsfähige" Regierung von Ludendorffs Gnaden mit Erzberger-Scheidemann an der Spitze bestand, und in Hamburg war es die Riesenversammlung der Unabhängigen im Gewerkschaftshaus, die im Gegensatz zur Scheidemannpartei die Revolution durchsetzte und auch hier zum Siege führte. Bedürfte es noch eines Beweises, daß wir Unabhängigen im Namen des proletarischen Deutschlands sprachen, daß unsere Führer die Massen hinter sich hatten, wenn sie im ehemaligen Reichstag dem Militarismus und seinen Helfershelfern schärfste Fehde ansagten, so könnte es mit der Anführung der Tatsache der Revolution, die unser Werk krönte, genügen. Die Matrosen, deren tapfere Führer schon 1917 eine Verbindung mit uns herstellten, die Soldaten und Arbeiter, durchdrungen von der Erkenntnis, daß unser zähes, trotz aller Widernisse zielbewußtes Wirken der Revolution und der Befreiung des Proletariats in Deutschland galt, sie alle durch Militarismus und Kapitalismus Unterjochten wandten sich uns zu und scharten sich um das alte rote Banner, das wir in Ehren gehalten, und halten mit, dem unerträglichen Zwitterzustand zwischen Kapitalismus und Militärsozialismus ein Ende zu machen.

Die Revolution ist ein Sieg unserer Bewegung. Mögen die Abhängigen Sozialisten noch so sehr beteuern, auch sie hätten an der großen politischen Umwälzung ihren Anteil, so trifft das für ihre jedem Arbeiterempfinden hohnsprechende Kriegsarbeit insofern zu, als dies abschreckende Beispiel sozialistischer Betätigung, das bei allen Genossen in der Welt Kopfschütteln und schmerzliche Heiterkeit erregte, auch dem Blindesten die Augen öffnete. Nein, die Abhängigen waren durch die Ereignisse nicht allein in Kiel und Hamburg, sondern auch in Berlin und ganz Deutschland überrascht. Allerdings, das muß man anerkennen, auch hier vermochten sie dank ihrer elastischen Anpassungsfähigkeit sich sehr schnell „umzuorientieren". Als die Scheidemänner merkten, daß sie zwar noch über ein bureaukratisch gebildetes Parteibeamtenheer verfügten, aber allen „Ersatzwahlergebnissen" zum Trotz kein Mandat des Volkes mehr besaßen, räumten sie unsern alterprobten Vorkämpfern und Verfechtern unserer unverwandelten Ziele die wichtigsten Sitze in der Reichsleitung wie in der preußischen Regierung ein. Nur unter dem einzigsten Leitgedanken, die Früchte der Revolution durch Errichtung der sozialistischen Republik zu sichern, und nur in der Gewißheit, der proletarischen Mehrheit unseres Volkes Einfluß und Gestaltung in die Regierungsgeschäfte zu verschaffen, fanden sich unsere Genossen bereit, in die provisorische Regierung einzutreten. Die Tätigkeit unserer unabhängigen Volksbeauftragten geschah bisher — und wir sind dessen sicher, daß es auch in Zukunft so sein wird — in vollkommender Verbindung mit der Masse. Deren Wille und Wunsch ist bei allen Beratungen ausschlagend, und das Bedürfnis und die Nöte des Volkes, soweit es bis zur Revolution der leidtragende Teil war, sind in allererster Linie maßgebend für jede Regierungshandlung.

Der alte fluchbeladene monarchistische Feudalstaat, der Hand in Hand mit einem größenwahnsinnigen Kapitalismus die Blutschuld des Krieges auf seinem Gewissen hat, ist in Scherben geschlagen. Nahezu 2 Millionen deutscher Männer liegen unter der Erde, ungezählte Tausende und Abertausende Witwen und Waisen warten vergeblich auf ihren Ernährer und einige Millionen Krüppel und Erwerbsunfähige bedürfen der staatlichen Hilfe. Dazu kommen die ungeheuren Lasten, die uns der Waffenstillstand und der kommende Friedensschluß aufbürden. Wenn wir unseres Lebens überhaupt wieder froh werden wollen, wenn wir auch nur einigermaßen für unsere abgehagerten Kinder sorgen wollen, dann kann es nur eine Losung geben: Arbeit! Harte disziplinierte Arbeit, deren Lohn nicht einigen kapitalistischen Drohnen, sondern der arbeitenden Bevölkerung zugute kommt. Unsere Volksregierung ist dabei, unser wichtigstes Ziel, die Vergesellschaftung der Großbetriebe zu erfüllen. Technische Schwierigkeiten kennt das Volk nicht. Es verlangt die Sozialisierung des öffentlichen Lebens und die Verwirklichung unserer alten kommunistischen Ideen. Den Schutt hinwegzuräumen, den uns das militaristische Deutschland hinterlassen hat, bedarf gewaltiger Anstrengung. Jeder Mann am rechten Platz, ob Hand-, ob Kopfarbeiter! so muß und wird uns das große Werk der Revolution, das noch längst nicht abgeschlossen ist, gelingen. Die reaktionären Kreise sind dabei, Verwirrung und Unruhe zu stiften, indem sie uns Sozialisten für den chaotischen Zustand, der nach dem Einsturz des Militarismus entstehen mußte, verantwortlich zu machen suchen. Ein lächerliches Beginnen! Genau so verlogen ist es, in das Geschrei des internationalen Bürgertums über „bolschewistische Zustände" einzustimmen, wie es bezeichnenderweise auch sozialdemokratische Blätter der alten Partei tun. Als wenn die Bolschewisten in Rußland, über deren aufbauende Tätigkeit naturgemäß recht wenig in die Spalten der bürgerlichen Blätter und ihres rechtssozialistischen Anhangs kommt, für die Zustände verantwortlich zu machen wären, in die das bedauernswerte Land durch das infame Regiment des korrupten Zarismus und seiner Sippschaft gebracht ist! Diese Taktik: Haltet den Dieb! kann auch in Deutschland nicht mehr verfangen. Das Proletariat weiß zu gut, wem dieser Ruin zu verdanken ist und daß der sozialistische Gedanke aufbauend und nicht zerstörend wirkt. Befreiung vom Kapitalismus und Verbreitung von Wohlstand sind unsere nächsten Aufgaben!

Ueber die Wege dahin ist man auch in unsern Kreisen geteilter Meinung. Angesichts des einen Ziels: Errichtung der sozialistischen Republik! könnte das getrennte Marschieren des wahren Sozialisten, ob sie sich nun Unabhängig, Linksradikale, Spartakusleute oder Kommunisten nennen, gleichgiltig sein, wenn nicht die Reaktion Hand in Hand mit dem sogenannten freiheitlich gesinnten Bürgertum Nutzen aus dieser Zersplitterung suchte und nicht auch tatsächlich erhielte! Die Streitfrage ist die Diktatur des Proletariats oder Nationalversammlung. In einer Polemik gegen Kautskys Schrift „Die Diktatur des Proletariats" hat der Schreiber dieser Zeilen unter andern erklärt: „Ich kann mir sehr wohl vorstellen, daß der Sozialismus in die Lage kommen kann, seine Position und Errungenschaften gegen schonungslos geführte Angriffe des Kapitalismus verteidigen zu müssen. Wenn Kautsky meint, das könne der Sozialismus auch auf friedlichem Wege erreichen durch den Sieg der Idee, und es sei besser, die Idee siege, als daß sie mit Gewalt gestützt werde, so vergißt er, daß der Kapitalismus, von vornherein mit vergifteten Waffen kämpfend, unter ganz ungleichen Bedingungen seine Macht befestigen kann und auch wird. Es ist nur harter Zwang, der dem Sozialismus die Abwehr (und als solche ist doch die Diktatur gedacht) erlaubt. Es bedarf keiner Frage, daß eine friedliche Ausbreitung der sozialistischen Idee jeder Gewaltmethode vorzuziehen ist, da hierdurch am ehesten ein festes Fundament gewährleistet wird; das ist jedoch nicht der Kern der Frage. Eben, um die friedliche Ausbreitung, die Gewinnung der Herzen und des Verstandes, sichern zu können, um eine Gleichberechtigung mit der andern politischen Anschauung zu gewährleisten, muß der Sozialismus — und wenn es nicht anders sein kann auch mit Gewalt! — geschützt werden. Jedenfalls ist die erdrückende Mehrheit des Volkes für den Schutz seines eigenen Ichs, für die Diktatur der Masse! Weiß man doch zu gut, daß die Diktatur des Proletariats diesem zugute kommt, und daß die Nutznießer des Kapitalismus bei einer Diktatur „entrechtet" sind. Die „Entrechtung" besteht doch nur darin, daß die Kapitalisten nicht mehr Rechte als andere haben und daß ihr Einfluß durch Geld oder ihr Vorrecht durch Geburt ausgeschaltet ist. Die dann „Unterdrückten" als die Verteidiger eines korrupten Wirtschaftssystems, die nicht mehr von der Ausbeutung ihrer Mitbürger leben können, haben Gelegenheit zur Arbeit und zur Entfaltung ihrer körperlichen und geistigen Kräfte. Die Sicherheit des Proletariats und der Sieg der kommunistischen Idee ist wichtiger als die schrankenlose Freiheit widerspenstiger Kapitalisten. Solange die Vertreter und Verfechter überwundener Anschauungen sich einfügen und ihrerseits dem neuen Staatswesen keine Schwierigkeiten zu machen suchen, mögen sie gleichberechtigt bleiben. Im andern Falle hat die Diktatur der Masse das Recht und die Pflicht, diese staatsfeindlichen Elemente unschädlich zu machen. Eine Bewegung, die den Sieg über die Menschheit tragen wird, braucht zu Mitteln ihrer Feinde, der Todesstrafe, nicht zu greifen, sondern wird andere Mittel (Internierung) wissen, diese Schädlinge des sozialistisch-kommunistischen Gebildes kaltzustellen. Aus all diesen Gründen bin ich für die Diktatur des Proletariats. In einem gebe ich Kautsky recht: Eine solche Diktatur sollte erst dann errichtet werden, wenn die sichere Gewähr dafür besteht, daß die Mehrheit des Staates für die Idee gewonnen ist."

Besteht heute schon die Gewähr, daß die Mehrheit unseres Volkes für die sozialistische Idee gewonnen ist, daß damit die Errichtung der sozialistischen Republik gesichert wird? Ja, sie muß bestehen, sonst hätten unsere Volksbeauftragten ein verräterisches Spiel getrieben! Und daran ist nicht zu denken. Wir wissen genau, warum die bürgerlichen Stimmen so dringend nach der Einberufung der Nationalversammlung rufen. Hofft man doch in diesen Kreisen noch immer, dem Sozialismus einen Damm vorsetzen zu können und mit Hilfe ungeheurer Geldmittel die Wahlen antisozialistisch zu machen. Das kann verhütet werden, wenn jeder Genosse in seinem Kreise aufklärt, welch Ungeheures für die Arbeiterschaft auf dem Spiele stände, wenn Reaktion und Kapitalismus von der politischen Unreife profitierten. Der Wahl zur Nationalversammlung können wir Unabhängigen Sozialdemokraten mit gutem Gewissen entgegensehen, aber eine gefährliche Selbsttäuschung würde es sein, die Hände in den Schoß zu legen und auf den Erfolgen der Revolution einzuschlafen.

Die Entscheidung unserer Regierung für die Nationalversammlung, so überraschend sie auch für viele gekommen ist, muß ein Ansporn sein, unsere Parteiarbeit mit doppeltem Eifer aufzunehmen. Wir können uns nicht den Luxus eigensinniger Theoretiker erlauben, Sekten, Gruppen und Grüppchen zu bilden und Politik auf eigene Faust zu treiben. Die Abhängigen, durch ihre jahrelange Kriegspolitik kompromittiert, rechnen auf bürgerliche Mitläufer und nehmen sich deren Interessen vorwiegend an. Das große Heer der zurückflutenden Soldaten und Matrosen, die Stützen der Revolution, die große Masse der Arbeiter steht ideell auf dem Boden der Unabhängigen. Diese Kreise für immer unsern Organisationen zuzuführen, ist die wichtigste Arbeit unserer Parteigenossen. Unsere feldgrauen Brüder sind viereinhalb Jahre in der politischen Dunkelkammer gehalten. Heute wissen sie, wo ihre wahren Feinde sitzen: in den Reihen der Unterdrücker und Ausbeuter. Aber die proletarischen Feldgrauen dürfen nicht allein mit dem Herzen bei uns stehen, sondern müssen auch mit der Tat folgen und sich unserer Partei, die allein während des Krieges die Interessen der Soldaten und Matrosen vertreten hat, anschließen. Nur in gemeinsamer Arbeit aller Proletarier kann das große Befreiungswerk zu einem guten Ende geführt werden. Das mögen sich auch die kleinen Kreise vor Augen halten, die links von uns stehen. Wir würdigen ihre Ideen, wir wollen zu demselben Ziel, wir haben ihnen zu gemeinsamer Arbeit die Hände gereicht — statt dessen sind wir verdächtigt und verleumdet worden. Die Arbeiter müssen irre werden, wenn sie erlogene Schlagwörter wie die „Reaktion von Hindenburg bis Haase" lesen. Wem nützt solche Irreführung? Der lachenden Reaktion!

Die Massen haben heute die Macht. Die Revolution hat sie ihnen gegeben. Nichts wird imstande sein, dem Proletariat jemals wieder die Macht zu entreißen, wenn es einig bleibt und Selbstdisziplin übt. Führung und Organisation muß sein, sonst löst sich die ganze Bewegung in anarchistische Sonderzirkel auf, die mit je 20 Mitgliedern 30 Ansichten vertreten. Die Masse ist diszipliniert. Das beweist ihr musterhaftes Verhalten während des Revolutionstage. Daß sie es ist, verdanken wir unseren Großen, einem Bebel, einem Liebknecht (dem Alten), einem Engels und Marx. Ihrer würdig zu sein, muß unser Stolz bleiben. Die deutsche Arbeiterschaft, die Wiege des völkererlösenden und -verbrüdernden Sozialismus, muß in diesen Tagen Energie und Klarheit beweisen. Nur festes Zusammenstehen und einiges Handeln kann es geben. Es gilt jetzt mehr als eine Lohnforderung oder Arbeitskürzung, es gilt den

Sieg des wahren Sozialismus!

Ein Aufruf der sozialistischen Juden.

Stockholm, 2. Dezember. Der jüdische sozialistische Arbeiterverband „Poale Zion" richtete folgende Drahtung an die Labour Party in England, sozialistische Partei in Frankreich, sozialistischen Parteien Italiens, American Federation of Labour und sozialistischen Parteien Amerikas: Der Pogrom-Orkan in Galizien und Polen, der wohlorganisierte grauenhafte Massenmord in Lemberg, wurde von den polnischen Legionären mit raffiniertester Grausamkeit durchgeführt unter Führung ihrer Offiziere, bei unbestreitbarer Billigung des Kommandos, bei offenkundiger Schadenfreude der polnischen Bevölkerung und systematischer Entwaffnung der jüdischen Selbstschutzen in ganz Galizien. Die dringende Gefahr der physischen Vernichtung der jüdischen Bevölkerung durch den Mordantisemitismus, der die Schmutzaten des Zarismus in Schatten stellt und die Tatsache, daß Englands Warnung an Polen völlig wirkungslos geblieben ist, machen es den Demokraten des Westens, die einzig in der Lage sind, das Blutbad einzustellen und die durch weitere Passivität an dem polnischen Verbrechen sich mitschuldig machen würden, zur ernstesten Pflicht, sofort aktiv einzugreifen. Wir appellieren dringend an die sozialistischen Partei- und Arbeiterorganisationen Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und der Vereinigten Staaten, ihren ganzen Einfluß aufzubieten, um ihre Regierungen zu einer sofortigen militärischen Intervention zur Rettung der jüdischen Bevölkerung und anderer nationalen Minderheiten Galiziens und Polens zu veranlassen.

Das Kesseltreiben gegen Eisner.

Ein geradezu widerliches Treiben, an dem sich natürlich auch rechtssozialistische Blätter, an der Spitze der „Vorwärts", beteiligen müssen, hat gegen unsern Genossen Eisner, dem [illegible]n Präsidenten der bayerischen Republik, eingesetzt. Sein mutiges Vorgehen während des Krieges, sein tapferes Eintreten für den entschiedenen Sozialismus, gegen den Kapitalismus und Militarismus ist den Bürgerlichen und ihren Nachläufern ein Dorn im Auge. So schreibt Kuttner im „Vorwärts": Eisner war offen und geheim für die Bewilligung der Kriegskredite. Als er durch die bayerische Regierung wußte, daß der Krieg ausbrechen würde, tat er sein möglichstes, um die Regierung in den entscheidenden Tagen der absolut sicheren Gefolgschaft der Sozialdemokratie im Falle des Kriegsausbruches zu versichern. Er tat also etwas, was die Politik der Kriegspartei in Deutschland in höchstem Maße stärken mußte. (!) Seine Tätigkeit in den letzten Julitagen war viel verantwortungsvoller als die Kreditbewilligung am 4. August, denn als die Fraktion die Kredite bewilligte, war der Krieg eine vollendete, unabänderliche Tatsache. Eisner aber agitierte für die Kreditbewilligung, als noch mit der Möglichkeit zu rechnen war, durch geschickte Drohpolitik die Regierung vom Kriege abzuhalten. Danach gehört Eisner, nach seinem Sinne gesprochen, nicht nur zu den kompromittierten Sozialdemokraten, er ist letzten Endes der kompromittierteste Sozialdemokrat in ganz Deutschland.

*

Genosse Eisner veröffentlicht dazu folgende Erklärung: Im „Vorwärts" bringt Kuttner „Enthüllungen" über mich. Die Enthüllungen haben die Eigentümlichkeit, daß selbst sie vor [illegible] Tag in der Chemnitzer „Volksstimme" veröffentlicht [illegible] sie den zwingenden Gegenbeweis erbrachten, daß die Kriegserklärung Deutschlands nicht durch die russische Mobilmachung veranlaßt worden ist. Ich bin also selbst enthüllt und kompromittiert. Im übrigen ist diese Angelegenheit, die demnächst in einem von mir herausgegebenen Buche dargestellt wird, nicht ganz uninteressant. Seit dem Oktober 1912 beeinflußten Mitglieder der bayerischen Regierung politische Kreise dahin, daß ein Ueberfall Rußlands auf Deutschland zu erwarten sei. Ich erhielt ständig diese Informationen durch Vermittlung des Chefredakteurs der „Münchner Post", des Landtagsabgeordneten Adolf Müller. Ich hatte damals keinen Anlaß, an der Richtigkeit dieser Meldungen zu zweifeln, und habe schon im November in einem an die sozialdemokratische Presse versandten Alarmartikel die Oeffentlichkeit auf die Gefahr aufmerksam zu machen versucht. Es ist bei den freundschaftlichen Beziehungen, die mich mit Müller verbanden, und bei dem steten Verkehr, in dem er sich mit der bayerischen Regierung befand, selbstverständlich, daß ich diese Auffassungen begründet halten mußte. Es ist ebenso selbstverständlich, daß ich getreu der sozialdemokratischen Tradition in einem halben Jahrhundert im Kampfe gegen den offensiven Zarismus die Sache Deutschlands verteidigte. In den kritischen Julitagen wurden mir dieselben Informationen aus derselben Quelle übermittelt. Ich hatte nicht den geringsten Grund, an der Wahrhaftigkeit zu zweifeln. In diesem Sinne sprach ich in einer gegen den Krieg gerichteten Protestversammlung im Münchner Kindl-Keller. Das war vor dem Kriege. Wenn das also kompromittierend war, so habe ich mich vor dem Kriege kompromittiert. Das deutsche Weißbuch vom 3. August 1914 erregte sofort meinen Verdacht. Immerhin blieb ich noch einige Zeit [illegible] hinsichtlich der Rolle Rußlands im Weltkriege. Dagegen war mir sofort klar, daß der Weltkrieg als westeuropäische Erscheinung eine Fortsetzung der aggressiven deutschen Marokkopolitik war. Was mich aber sofort nach Beginn des Krieges in die Opposition trieb, war nicht sowohl die Frage des Ursprungs des Krieges, als die Haltung der deutschen Sozialdemokratie, die von der begreiflichen Stellung gegenüber dem Zarismus unmittelbar und unvermittelt über[illegible] siegestrunkenen Verleumdung aller internationalen [illegible]. Meine schriftstellerische Tätigkeit, die ich im Herbst 1914 wieder aufnahm, richtete sich zunächst gegen die Methoden der deutschen Kriegführung. Ich habe während des Krieges keine Zeile geschrieben und kein Wort gesprochen, das im Widerspruch stände zu meiner jetzigen Haltung, und ich habe wohl als erster und einziger während dieser ganzen Zeit das moralische Recht der Entente verteidigt. Jener auf falscher Information beruhende Irrtum über Rußland war aber auch der letzte Irrtum. Gerade das hat mich veranlaßt, seitdem mit tiefstem Mißtrauen und schärfster Kritik alles zu prüfen, was von den Vertretern und Organen der deutschen Regierung erklärt wurde. Erstaunlich ist, daß in der Zeit größter Not Journalisten noch Zeit und Lust zu solchen läppischen Versuchen finden, im Vertrauen auf die Gedankenlosigkeit des durch viereinhalb Kriegspressejahre in seiner Urteilskraft verwüsteten Publikums allbekannte Tatsachen als Enthüllung auf den Markt zu werfen und eine Täuschung über eine gleiche Tatsache als kompromittierend für den Getäuschten zu behaupten.

In einer Sitzung der Arbeiter- und Soldatenräte Bayerns erklärte Eisner unter anderem: Es ist heute in der Presse zu lesen, daß meine Stellung erschüttert ist, das ist nicht richtig, obwohl mancher Herr im Ministerrat sich heute noch nicht in den neuen Geist hineinfinden kann.

Dann kam der Ministerpräsident auf die letzte Sitzung in Berlin zu sprechen und führte aus: Ich ging in der vorigen Woche als Regierungsvertreter nach Berlin. Dort bot sich mir ein überraschendes Schauspiel. Der ganze alte Regierungsapparat funktioniert noch vollkommen. Ich veröffentlichte aus den Geheimakten der bayerischen Gesandtschaft jene Dokumente, die selbst dem [illegible]n beweisen müssen, wem wir den Krieg verdanken. Durch die Presse läuft der Unsinn, daß wir der Entente damit neue Waffen in die Hände gegeben haben. Die Entente weiß alles längst. Ich will nicht die Entente aufklären, sondern das deutsche Volk muß endlich wissen, wem es den Krieg und den Zusammenbruch verdankt. Im Auswärtigen Amt, wo die alten Herren sitzen, herrschte Schrecken über meine Veröffentlichung. In einer Sitzung forderte ich unter allgemeiner Zustimmung und ohne Widerspruch, daß die durch die Veröffentlichung so bloß gestellten Männer Zimmermann und v. Jagow sofort verhaftet werden würden. Seitdem gehen die Pressetreibereien gegen mich; sie handeln im Selbsterhaltungstrieb. Aber ich bin ganz sicher, es handelt sich nur um eine Gnadenfrist für jene Männer, bis das Berliner Volk erwacht. Ich habe den Herren des alten Systems gesagt: Ihr seid ohnmächtig, Friedens- und Waffenstillstandsverhandlungen zu führen. Derselbe Erzberger, der die sozialdemokratischen Protestler gegen den Krieg — ich weiß nicht, ob erschießen oder lebenslänglich einsperren lassen wollte, der dann alldeutsch war und dann, als er merkte, daß das alldeutsche Geschäft brüchig wurde, mit großer Behendigkeit seinen Uebergang in jenes Lager vollzog, wo der sogenannte Verständigungsfrieden gepredigt wurde — derselbe Erzberger dirigiert noch heute die öffentliche Meinung. Können wir erwarten, daß solche Männer bei der Entente Vertrauen finden? Es ist eine Verrücktheit und ein Irrsinn, solche Männer ins feindliche Lager zu senden. Man hat wohl auch in Berlin eine revolutionäre Regierung, aber sie hat nichts zu sagen. Nützen kann nur die Ausschaltung des Auswärtigen Amtes. Die Herren geben nicht freiwillig, sie müssen gezwungen werden. Die Herren haben ein schlechtes Gewissen und müssen fürchten, daß, wenn ein neuer Geist im Auswärtigen Amte einzieht, die Schuldigen massenhaft entlarvt werden.

Adolf Hoffmann an der Arbeit.

Das Arbeitsprogramm des neuen politischen Kultusministers sieht nach unserem Berliner Bruderorgan „Die Freiheit" wie folgt aus:

1. Die Trennung von Kirche und Staat ist grundsätzlich ausgesprochen. Eine Denkschrift ist ausgearbeitet. Eine Kommission wird vorbereitet.
2. Religion ist nicht mehr Prüfungsfach. Die Einführung eines konzessionslosen Moralunterrichts wird vorbereitet.
3. Die geistliche Ortsschulaufsicht ist aufgehoben.
4. Die nebenamtliche Kreisschulinspektion durch Geistliche ist aufgehoben. Sämtliche Stellen für Kreisschulinspektoren sind künftig hauptamtlich. Die gemeinsame Erziehung von Knaben und Mädchen ist in einzelnen Fällen schon jetzt erfolgt.
5. Lehrer und Schüler erhalten Selbstverwaltungsbefugnisse.
6. Jeder Chauvinismus ist aus dem Unterricht, zumal aus dem Geschichtsunterricht, verbannt.
7. Preußen wird den Zusammentritt einer Reichsschulkonferenz beantragen.
8. Die Einheitsschule ist gesichert. Mit dem Abbau der Standesschule (Vorschule) wird sofort begonnen.
9. Das Rektorat wird seines autokratischen Charakters entkleidet und in kollegialem Sinne ausgebaut.
10. Die Schulbehörden sind angewiesen, die Erörterungen schul- und kulturpolitischer Gegenstände im Geiste der neuen Zeit unter den Lehrerverbänden auch auf amtlichen Konferenzen anzuregen und zu fordern.
11. Im Kultusministerium sitzen als Angehörige der Sozialdemokratie 2 Minister, 1 Unterstaatssekretär, 1 vortragender Rat, 2 Beiräte.
12. Mit Vorkämpfern der neuen Bewegung im Lande wird Stellung genommen. Ein Verzeichnis geeigneter Anwärter bei Erneuerung des Beamten- und Lehrpersonals wird angelegt.
13. Das Abiturienten-Examen wird umgestaltet. Die Examen werden vermindert.
14. Das Preußische Kultusministerium erhebt Anspruch auf einen Teil der beschlagnahmten königlichen Schlösser zum Zwecke der Volksbildung (Landerziehungsheime, Internate, pädagogische Musterseminare, Museen, Volkshochschulen).
15. Die Jugendpflege ist ihres militärischen Charakters entkleidet worden.
16. Kein Lehrer darf mehr zur Erteilung des Religionsunterrichts gezwungen werden.
17. Beim Kriegsministerium ist beantragt worden, alle Lehrenden sofort aus dem Militärverhältnis zu entlassen.
18. Arbeit für Arbeitswillige, sofortige Beschaffung von Beschäftigung für die aus dem Felde zurückkehrenden Lehrer durch Verkleinerung der Klassen. Besetzung aller bisher unbesetzten oder ersparten Stellen und Errichtung von Sonderkursen (Kriegsprimaner).
19. Der Amnestieerlaß des Justizministers wird sinngemäß auf die disziplinarisch bestraften Lehrer angewendet.
20. Wegen ihrer politischen oder religiösen Ueberzeugung Gemaßregelte sind wieder einzustellen.
21. Die Lehrer senden Vertreter in die Regierung und die Schulverwaltung. Der sozialistische Lehrer Menzel ist als vortragender Rat in das Kultusministerium berufen worden.
22. Zu Kreisschulinspektoren sollen bewährte Lehrer auch ohne Examina berufen werden.
23. Hervorragende wissenschaftliche Vertreter des Sozialismus und anderer bisher systematisch ferngehaltener Lehrrichtungen sollen auf akademische Lehrstühle berufen werden.
24. Das in großem Stile aufzubauende Volkshochschulwesen wird in organische Beziehung zu Schulen und Hochschulen gesetzt.
25. Die Reorganisation der technischen Hochschulen erfolgt in enger Verbindung mit den Universitäten.
26. Die soziale, rechtliche und finanzielle Stellung der Dozenten soll gehoben werden.
27. Die akademische Lehrfreiheit wird von den alten Fesseln befreit.
28. Lehrstühle und Forschungsinstitute für Soziologie werden eingerichtet.
29. Das Theaterwesen untersteht dem Kultusministerium. Eine Theaterzensur besteht nicht mehr.
30. Für die aus dem Felde zurückkehrenden beschäftigungslosen Künstler und Schriftsteller wird Arbeitsgelegenheit und nötigenfalls Unterstützung bereitgestellt.
31. Das Ausstellungswesen wird im Verein mit den Organisationen der Künstler aller Richtungen neu geregelt.
32. Die ehemaligen königlichen Bühnen sind Nationaltheater, desgleichen die Hofkapellen Nationalorchester.

Berlin, 2. Dezember. Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Adolf Hoffmann, erwiderte die an Ebert gerichtete Zuschrift vom 25. November 1918 über die Entschließung der Versammlung von Vertrauensmänner der Zentrumspartei des Reichstagswahlkreises Dortmund-Hörde vom 14. November unter anderem: Auch von den neuen Männern denkt niemand daran, die religiöse Gewissensfreiheit anzutasten. Das Erziehungsrecht der Eltern werde ungeschmälert bleiben, deshalb sollten die Eltern das Recht haben, ihre Kinder von den Angestellten der Kirche, welcher sie selbst angehören, in ihrem Glauben erziehen zu lassen. Dem Christentum werde volle Freiheit und Gleichberechtigung nach jeder Richtung hin gewährleistet. Hinsichtlich der Trennung von Staat und Kirche sei es selbstverständlich, daß an dem Etat, der bis zum 1. April 1919 laufe, nichts geändert werde. Sollte die Trennung bis dahin vollzogen werden, so werde staffelweise der Abbau der Bezüge der Kirche in einer Weise vorgenommen werden, der keinerlei Härten, besonders gegen ärmere Gemeinden mit sich bringt.

Politische Rundschau.

Um die Nationalversammlung.

In einer öffentlichen Versammlung in Berlin erklärte Genosse Haase u. a., daß die Rechtssozialisten noch in der Revolutionswoche gegen die „unverantwortlichen Elemente", die auf den Umsturz hinarbeiten, Stellung genommen haben und noch bis zuletzt ganz in bürgerliches Denken eingesponnen waren. Als idealsten Zustand bezeichnete Haase die Ersetzung des bisherigen Verwaltungsapparats durch Anhänger der sozialistischen Partei. Das sei aber nicht möglich gewesen, namentlich schon aus Rücksicht auf die gegenwärtigen außerordentlich schwierigen Ernährungsverhältnisse. Selbst wenn unsere Front im Westen nicht zusammengebrochen wäre, hätten wir vor der Tatsache gestanden, daß wir am 31. Dezember mit unsern Lebensmitteln völlig zu Ende gewesen wären. Wäre also schon im Frieden ein gewaltsames Vorgehen gegen den Beamtenkörper ein Verbrechen gewesen, so war in der gegenwärtigen furchtbar schwierigen Zeit kein Platz für Experimente. Wir wollen nichts zerschlagen und zerstören, sondern durch einen organischen Prozeß in die sozialistische Gesellschaft überleiten. Das kann aber nicht bedeuten, daß mit der Verstaatlichung bis zur Nationalversammlung gewartet werden muß. Es liegt nur im Interesse der Allgemeinheit, wenn die Betriebe, die danach geradezu schreien, expropriiert werden. Selbstverständlich werden Exportindustrie und Exporthandel unbehelligt bleiben, weil der gegenwärtige Zustand notwendig ist für unsere spätere Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen. Zu der Frage der Einberufung der konstituierenden Versammlung betonte Haase nachdrücklichst, daß die Diktatur des Proletariats, mit der man weite Kreise „graulich zu machen" versuche, selbstverständlich kein ewiger Zustand sein kann. Aber das vitalste Interesse des Proletariats erfordere es, daß die Errungenschaften der Revolution auf das festeste verankert werden müssen, solange die Macht dazu noch vorhanden sei. Die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung sei also unbedingt notwendig, die Frage sei nur, wann sie einberufen werden soll. Als unumgängliche Vorbedingung für die Einberufung der Nationalversammlung, die über die endgültige Gestaltung des Deutschen Reiches Beschluß fassen soll, bezeichnete Haase eine gründliche Vorbereitung für die Möglichkeit ordnungsgemäßer Wahlen. Vor allen Dingen müsse den aus dem Felde zurückkehrenden Soldaten, die der Politik ganz entfremdet sind, Möglichkeit gegeben werden, sich eingehend über die politischen Verhältnisse zu informieren. Es wäre eine geradezu ungeheuerliche Ungerechtigkeit, wenn man, wie dies bei einer Einberufung der Nationalversammlung Anfang Februar unbedingt der Fall wäre, die Gefangenen in Feindesland von der Teilnahme an der Wahl ausschließen würde.

Haase erklärt also ganz im Sinne unseres Artikels „Die Revolution und wir", daß die Diktatur des Proletariats nur solange Berechtigung habe, wie die Errungenschaften der Revolution nicht gesichert sind. Ueber den frühen Termin der Einberufung kann man allerdings geteilter Ansicht sein.

Die „Freiheit" bespricht ausführlich den Beschluß der Volksbeauftragten bezüglich der Einberufung der Nationalversammlung und stellt fest, daß es in der Regierung vor der Beschlußfassung heftige Kämpfe gegeben habe, die zeitweise die Existenz des sozialistischen Kabinetts in Frage gestellt hätten. Die Vertreter der frühen Einberufung machten geltend, daß wir unter dem Zwange stehen. Es sei kein Zweifel möglich, daß die Entente den Frieden nur mit einer Regierung schließen werde, die sich auf eine aus freier Wahl hervorgegangene Versammlung stützen könne. Sie verhalte sich den Arbeiter- und Soldatenräten gegenüber ablehnend, lehne jede Verhandlung mit ihnen ab und löse sie in den besetzten Gebieten auf. Dazu drohe die Gefahr der Zerreißung Deutschlands. Die Einberufung der Nationalversammlung sei nötig, um die Einheit Deutschlands sicherzustellen. Unsere Vertreter hielten diese Besorgnisse für übertrieben und forderten, daß nicht der Rat der Volksbeauftragten, sondern der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte die endgültige Entscheidung fälle. Ferner, daß die Regierung in der Zwischenzeit von ihrer Macht zur Fortführung der Revolution und Durchführung sozialistischer Errungenschaften Gebrauch mache. Beide Forderungen werden erfüllt werden. Aber wir müssen uns darüber klar sein, daß, wie die Dinge heute liegen, der Zentralrat den vorläufigen Termin wohl bestätigen dürfte, weil eine engere Diktatur gegen den Willen der Diktatoren eine Unmöglichkeit ist.

Wie viele Wahlberechtigte in Frage kommen, darüber gibt eine amtliche Erklärung Aufschluß:

„Das Wahlrecht ist durch die Verordnung vom 12. November 1918 ausgedehnt worden: a) auf die Frauen, b) auf die Zwanzig- bis Fünfundzwanzigjährigen, c) auf die Soldaten. Während bei den Reichstagswahlen von 1912 14,4 Millionen Wahlberechtigte waren und von diesen sich 12,3 Millionen gleich 85 pZt. an den Wahlen beteiligt haben, werden infolge der Ausdehnung des Wahlrechts bei den Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung schätzungsweise 39 bis 40 Millionen, darunter etwa 21 Millionen Frauen, wahlberechtigt sein. Diese Summen ergeben sich auf Grund der folgenden Berechnung: Nach der amtlichen Statistik (Statistik des Deutschen Reiches Bd. 240, II, S. 254) sind am 1. Januar 1911 aus den Jahrgängen 1898, der als erster Geburtsjahrgang für die Wahlberechtigung in Frage kommt, und früher vorhanden gewesen:

männliche Personen . . .	22 965 829
weibliche Personen . . .	23 904 231
zusammen . .	46 870 060

Davon sind in den Jahren 1911—18 abzusetzen die Sterbefälle. Sie betragen etwa 600 000 jährlich und verteilen sich nahezu zu gleichen Teilen auf Männer und Frauen, zusammen etwa 4,8 Millionen. Abzusetzen sind ferner etwa 1,8 Millionen im Kriege Gefallener und Vermißter. Im ganzen sind demnach durch Tod usw. 6,6 Millionen (4,2 Millionen Männer, 2,4 Millionen Frauen) von der obigen Summe der Wahlberechtigten abzusetzen. Außerdem haben abzugehen die Ausländer mit etwa 1¼ Million. Hinzu dagegen kommen die uns während des Krieges zugeströmten Auslandsdeutschen, die in Konkurs befindlichen und die Armenunterstützung beziehenden Personen. Alles in allem ergibt sich an Wahlberechtigten am 31. Dezember 1918 die Summe zwischen 39 und 40 Millionen Personen, etwa 18 Millionen Männer und 21 Millionen Frauen. Zweifelhaft erscheint es, ob unsere Kriegsgefangenen (etwa 500 000) in die Lage versetzt werden können, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Mit dieser Berechnung wird eine kürzlich durch die Blätter gegangene, auf irrtümlicher Voraussetzung fußende Aufstellung, die nur etwa 35 Millionen Wahlberechtigte angab, widerlegt."

Angesichts der Riesenzahl der Wähler gibt es für unsere Parteigenossen nur eine Pflicht: Aufklärung und Parteiarbeit!

Hüben und drüben.

Mit kaum unterdrücktem Jubel begrüßen die bürgerlichen Elemente der linken Rheinlande den Einmarsch der Ententebesatzung, in der sie die „Hüter der Ordnung" (soll heißen der kapitalistischen Korruptionswirtschaft) sehen. In M.-Gladbach sprach nach der „Bayerischen Arbeiterstimme" in einer Bürgerversammlung der katholische Pfarrer Dr. Meffert als Redner ganz unverfroren: „Wir haben allen Grund, die Franzosen als Schützer der Ordnung zu begrüßen." (Sonst waren die Franzosen bekanntlich Freimaurer, Kirchenschänder und anderes, abgesehen davon, daß die Pfaffen jeden Tag die Vernichtung der Franzosen vom Himmel erflehten.) Die Entente läßt sich derartig fromme Stoßgebete, die das wahre Gesicht der **bürgerlichen Landesverräter** enthüllen, nicht zweimal sagen und geht rücksichtslos gegen die revolutionären A.- und S.-Räte vor. In Saarbrücken hat nach dem „Matin" der französische Befehlshaber der Arbeiter- und Soldatenräte als private Vereinigungen mit antimilitärischen Tendenzen zwangsweise geschlossen. Agitation in der Besatzungsarmee für Arbeiter- und Soldatenräte wird mit Waffengebrauch des Besatzungsheeres bedroht. Auch die „Daily Chronicle" meldet: Das nach Deutschland vorrückende Besatzungsheer erhielt Befehl, Agitatoren oder Vertreter sogenannter Arbeiter- und Soldatenräte für die Dauer der Besetzung festzunehmen. Verfügungen der A.- und S.-Räte im besetzten Deutschland werden durchweg aufgehoben. Und in Aachen sind zwei Regimenter belgischer Kavallerie eingerückt, die mit Hörnerklang bis vor das Rathaus zogen und dort Aufstellung nahmen. Es wurde sofort die belgische Zeit eingeführt und bestimmt, daß alle Lokale um 8 Uhr abends geschlossen werden müssen. Nach dieser Zeit darf niemand sich mehr auf der Straße blicken lassen. Einigen Mitgliedern des Soldatenrates, der vom belgischen Kommandanten empfangen zu werden wünschte, wurde erklärt, daß von nun an in Aachen nur noch der Oberbürgermeister als Autorität anerkannt werde. Die Zeitungen dürfen während zweier Tage nicht erscheinen. Sie wurden dann unter strenge Präventivzensur gestellt. Jede Kritik an den Maßnahmen der Entente ist verboten.

Wenn man jedoch meint, die A.- und S.-Räte wären nur im besetzten linksrheinischen Gebiet bedroht, so wird man eines Bessern belehrt durch zahlreiche Meldungen aus dem westdeutschen Industriegebiet. Danach ist es dank den Verhetzungen der nach wie vor alldeutschen Offiziere tatsächlich zu Zusammenstößen zwischen Fronttruppen und Mitgliedern der A.- und S.-Räte in Remscheid und Düsseldorf gekommen, worüber die „Rote Fahne" bereits berichtete. Das kontrarevolutionäre Gebahren der kapitalistischen Drahtzieher schreckt vor Blutvergießen nicht zurück. Demgegenüber gibt es nur eins: Aufklärung der zurückkehrenden Feldgrauen und scharfes Ueberwachen aller revolutionsfeindlichen Elemente.

Kleine politische Nachrichten.

Der Soldatenrat des Admiralstabes der Marine und des Reichsmarineamts zu Berlin nahm am 30. November folgende Entschließung an: Es können grundsätzlich keine Soldatenräte anerkannt werden, worin sich Offiziere befinden. Eine Ausnahme ist nur dann zulässig, wenn sich die fraglichen Offiziere bereits vor der Revolution in sozialdemokratischem Sinne betätigt haben und hierfür einwandfreien Nachweis einbringen können. Die gleichen Voraussetzungen gelten für den Vollzugsrat der A.- und S.-Räte.

Der Berliner Vollzugsrat beschloß, für sämtliche Militärpersonen die Wagenklassen auf der Eisenbahn aufzuheben.

Das in Kopenhagen liegende englische Geschwader wird nicht nach Kiel gehen, um, wie angenommen wurde, die Abrüstung der deutschen Kriegsschiffe zu überwachen. Das Geschwader wird in der Ostsee kreuzen und verschiedene Ortschaften besuchen.

Die tschecho-slowakische Regierung hat den deutschen Behörden alle Telegraphenleitungen nach Wien gesperrt.

Die amerikanische Regierung hat, wie die „Times" aus New York melden, 32 ehemalige deutsche Handelsschiffe gemietet, die Nahrungsmittel nach Deutschland überbringen werden. Die Versorgung wird nach einer Mitteilung Lansings aber erst dann beginnen, wenn in Deutschland alle Wahlen für die Nationalversammlung stattgefunden haben. (!)

Parteinachrichten.

U. S. P. Hamburg, Altona und Umgegend.

Distriktsleiter, Vertrauensleute, auswärtige Genossen!

Wir bitten, Versammlungen und sonstige Veranstaltungen der Distrikte nicht mit denen der Gesamtpartei zusammenfallen zu lassen.

Referenten werden nur durch den Vorsitzenden, Genossen Paul Wagner, Humboldtstr. 131, 3. Et. vermittelt. Wir bitten, zu beachten, daß Genosse Düwell als Referent für die U. S. P. nicht mehr in Frage kommt.

Gelder für die Partei sind nur an den Hauptkassierer, Genossen Rühl, Heußweg 94, III, zu senden. Es wird gebeten, stets anzugeben, für was die Gelder bestimmt sind.

Für die **„Rote Fahne"** sind alle Gelder (Anteilscheine) an Genossen Prage, Brodersweg 1, bezw. Expedition der „Roten Fahne", Fehlandstraße 11, zu senden. Wir bitten, alle Geld- und Wertsendungen an den Genossen Prage zu adressieren.

Für den Bezirk sind alle Zusendungen an den Bezirksvorsitzenden Genossen Kalwett, Schumannstraße 44 a, III., zu richten; Geldsendungen jedoch an den Bezirkskassierer, Genossen J. Rieper, Altona/E., Mennspassage 2, I. Wir bitten, dies zu beachten. Mit Parteigruß

Der Vorstand der U. S. P.

Der Sozialist (Sozialistische Auslandspolitik), herausgegeben von Dr. Rudolf Breitscheid, unter ständiger Mitwirkung von E. Bernstein, H. Block, H. Haase, K. Kautsky, H. Ströbel u. a. Erscheint wöchentlich einmal. Die soeben erschienene Nummer 48 enthält u. a.: Propaganda für den Sozialismus von S. Nestriepke. — Von der Theorie zur Praxis von Otto Jensen. — Sozialismus und Landwirtschaft von Karl Marchionini. — Der Wille der Frauen. — Revolutionsbilder von Bruno Schönlank. Der Sozialist kann direkt vom Verlag (Berlin W. 15, Fasanenstraße 58) wie auch durch die Parteibuchhandlungen, die Organisationen und durch die Post bezogen werden. (Postzeitungsliste Nachtrag Nr. 8.) Preis für Deutschland vierteljährlich Mark 5, für das Ausland Mark 6. Die Einzelnummer kostet 50 Pfg.

Gewerkschaftliches.

Zur Lohnfrage im Sattlergewerbe.

Eine außerordentliche Versammlung der Sattler aller Branchen am 29. November beschäftigte sich mit der Lohnfrage im hiesigen Sattlergewerbe. Die Vertrauensmänner hatten bereits eine Lohnkommission eingesetzt, die nach Lage des Berufs und der jetzigen Lebensverhältnisse folgenden Lohntarif für das Sattlergewerbe in Hamburg, Altona, Wandsbek und Harburg ausgearbeitet hatte:

Gesetzliche Arbeitszeit pro Arbeitstag 8 Stunden. Der Lohn beträgt pro Stunde und pro Woche: 1. Für gelernte Sattler aller Branchen pro Stunde M. 2 und pro Woche M. 96. 2. Angelernte Hilfsarbeiter nach sechsmonatiger Beschäftigung pro Stunde M. 1.80 und pro Woche M. 86.40. 3. Angelernte Hilfsarbeiter unter sechsmonatiger Beschäftigung pro Stunde M. 1.60 und pro Woche M. 76.80. 4. Gelernte Sattler unter 20 Jahren pro Stunde M. 1.80 und pro Woche M. 86.40. 5. Angelernte Hilfsarbeiter unter 20 Jahren nach sechsmonatiger Beschäftigung pro Stunde M. 1.60 und pro Woche M. 76.80. 6. Angelernte Hilfsarbeiter unter 20 Jahren unter sechsmonatiger Beschäftigung pro Stunde M. 1.40 und pro Woche M. 67.20. 7. Angelernte Hilfsarbeiter unter 17 Jahren pro Stunde M. 1 und pro Woche M. 48. 8. Vergütung der Lehrlinge bleibt gesetzlicher Regelung vorbehalten. 9. In allen Fällen sind weibliche Arbeiter den männlichen Arbeitern gleichzustellen. 10. Hilfsarbeitern sind gleiche Beschäftigung in andern Betrieben anzurechnen. 11. Zwischenmeister, Heimarbeit und Akkordarbeit ist nicht gestattet. 12. Sämtliche Lohnsätze gelten für Mindestlöhne. 13. Ueberstunden sind nur in dringenden Notfällen gestattet, mit 50 pZt. Aufschlag pro Stunde. 14. Arbeiterentlassungen wegen Arbeitsmangels dürfen nicht früher vorgenommen werden, bevor die tägliche Arbeitszeit auf 6 Stunden verkürzt ist. 15. Vorstehende Bedingungen gelten ab 1. Dezember 1918 für die Uebergangszeit, bis eine andere Reglung durch Verhandlungen der Organisationen erfolgt. 16. Dieser Lohntarif hat in jeder Werkstatt auszuhängen.

Die meisten Redner sprachen in dem Sinne, daß eine Spezialisierung der einzelnen Berufe auszuscheiden habe. Es gelte, Löhne festzusetzen, die den jetzigen Verhältnissen entsprechen und den Bedürfnissen der Arbeiter sich anpassen. Einzelne Redner traten für bedeutend höhere Lohnsätze ein, wie sie bereits von andern Gewerkschaften, besonders auf den Werften, eingeführt sind. Scharf kritisiert wurde, daß noch Heimarbeit gemacht wird, während die vom Militär entlassenen Kollegen arbeitslos sind. Dabei handelt es sich um Arbeiten für Militär respektive das Bekleidungsamt Bahrenfeld. Ist doch sogar eine Firma darunter, welche die Arbeit an kleine Meister der Provinz in Kisten versendet und unter dem Deckmantel „Kriegsgut" mit kartenpflichtigen Lebensmitteln wie Butter und dergleichen die Kisten gefüllt zurückerhält. Dabei hat die Firma über die Hälfte der Werkstattarbeiter entlassen und verlangt von den übrigen, daß sie nur fünf Stunden arbeiten sollen. Hierin wurde unbedingt Abhilfe verlangt. Unter Ablehnung aller eingebrachten Anträge wurde der Entwurf der Kommission einstimmig angenommen. Nach einer Aufforderung an die Unorganisierten, sich der Organisation anzuschließen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Erfolge der Hoch- und Straßenbahnangestellten.

Die Bewegung der Angestellten bei der Hoch- und Straßenbahn ist als beendet zu betrachten, da die Direktion eine Reihe der Angestelltenforderungen bewilligt hat. Die hauptsächlichsten Bewilligungen sind: Eine monatliche Teuerungszulage von M. 60, eine einmalige Teuerungszulage in der Höhe der einmal schon im September ausgezahlten Teuerungszulage; Einführung der achtstündigen Arbeitszeit; Gewährung von 52 freien Tagen im Jahre; Gewährung von Ferien nach einjähriger Beschäftigung von 5 Tagen, nach fünfjähriger Beschäftigung von 7 Tagen und nach zehnjähriger Beschäftigung von 10 Tagen. Die Forderungen für das Werkstättenpersonal wurden vorläufig bis zu einer späteren Regelung zurückgestellt. Für Ueberstundenarbeit soll eine doppelte Bezahlung eintreten. Die Regelung der Lohnforderungen der Angestellten soll später durch Tarifverträge geregelt werden. In einer überaus stark besuchten Versammlung wurden diese Zugeständnisse fast einstimmig angenommen.

Stellungnahme der Schuhmacher zum Lohntarifvertrag.

Eine gut besuchte Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher tagte am 25. November im Gewerkschaftshause. Kollege Jablonowski sprach über den Lohntarif und die heutigen Lohnverhältnisse in den Betrieben. Er befürwortete die Einführung des Zeitlohnes; der bestehende Lohnvertrag erweist sich insofern ungünstig, als neben dem Zeitlohn der Akkordlohn besteht, so daß die Arbeitsleistung im Zeitlohn durchgehends nach Akkordlohn bewertet wird. Notwendig für die Einführung des Zeitlohnes ist die gänzliche Beseitigung der Heimarbeit. Ferner tritt Redner für den Arbeitsnachweis auf paritätischer Grundlage ein. Sodann unterbreitet der Redner folgenden Antrag der Ortsverwaltung:

Zeitlohn für gelernte männliche Arbeiter M. 2, ungelernte M. 1,70, unter 18 Jahren M. 1,30, für weibliche gelernte M. 1,50, ungelernte M. 1,10, für Lehrlinge im ersten Jahr 50 ₰, im zweiten Jahr 60 ₰, im dritten Jahr 90 ₰ pro Stunde. Hieran entwickelte sich eine lebhafte Diskussion. Verschiedene Redner unterstützten den Antrag der Ortsverwaltung, da überspannte Forderungen auch in der jetzigen Situation nachteilig wirken könnten. Der weitgehendste Antrag forderte für gelernte Arbeiter einen Stundenlohn von M. 2,50. Bei der Abstimmung wurden sodann folgende Forderungen aufgestellt: „Für gelernte männliche Arbeiter M. 2,20, ungelernte M. 2, ungelernte unter 18 Jahren M. 1,50, für weibliche gelernte oder ungelernte M. 1,50, für Lehrlinge im ersten Jahr 50 ₰, im zweiten Jahr 60 ₰, im dritten Jahr 90 ₰ pro Stunde. Zur Vertretung dieser Forderung wurde eine Kommission von 11 Mitgliedern gewählt.

Reichstarif in Fleischkonservenfabriken.

Zwischen Vertretern der Fleischkonservenfabrikanten (Militärbetriebsstellen), der Gesellenorganisation und der Intendantur des IX. Armeekorps fanden am 30. November Verhandlungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen statt. Nachdem festgestellt wurde, daß die Konservenfabrikation vorläufig nicht aufgehoben wird, und verschiedene Fachfragen erledigt, erklärten sich die Unternehmer zum Abschluß eines Vertrages bereit. Es kam folgende Vereinbarung zu stande:

1. Die tägliche Arbeitszeit darf 8 Stunden nicht überschreiten.
2. Akkordarbeit ist unzulässig. Desgleichen Prämienzahlung.
3. Ueberstunden sind nur in besonderen Notfällen zulässig. Dieselben werden an Wochentagen mit 30 pZt., für Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 pZt. Aufschlag bezahlt. Als Nachtarbeit gilt die Zeit von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens.
4. Die Löhne sind Mindestwochenlöhne. Dieselben betragen:

	pro Stunde	pro Woche
In der 1. Ortsklasse		
für Gesellen	1,30 M.	62,40 M.
für Arbeiter	1,00 „	48,— „
für Arbeiterinnen	0,60 „	28,80 „
In der 2. Ortsklasse		
für Gesellen	1,55 M.	74,40 M.
für Arbeiter	1,20 „	57,60 „
für Arbeiterinnen	0,70 „	33,60 „
In der 3. Ortsklasse		
für Gesellen	1,80 M.	86,40 M.
für Arbeiter	1,40 „	67,20 „
für Arbeiterinnen	0,80 „	38,40 „

Jugendliche Arbeiter(innen) und Junggesellen erhalten pro Stunde 26 ₰ weniger.

Seitherige Vergünstigungen, Funktionszulagen, Gewährung von Wäsche usw. bleiben bestehen.

5. Es wird allen Beschäftigten bei vorübergehendem Arbeitsmangel bezw. beim Aussetzen ein Wochenverdienst von ⅔ des vollen Wochenlohnes garantiert.

Die weiteren Abmachungen regeln die Einstellung von Arbeitskräften, die Lösung des Arbeitsverhältnisses, die Schlichtung von Differenzen und die Vertragsdauer. Eine weitere Bestimmung besagt, daß bei erheblicher Senkung der Kosten der Lebenshaltung sich die Parteien verpflichten in erneute Verhandlungen über die Löhne einzutreten. Hamburg, Altona, Bremen und Lübeck gehören in die 3. Ortsklasse, Elmshorn in die 2. Ortsklasse.

Der oberschlesische Bergarbeiterstreik ist weiter in langsamem Rückgang. Bei der gestrigen Arbeit verringerte sich die Zahl der Ausständigen um weitere 500 Mann gegen den Vortag. Sie beträgt auf elf Gruben noch ca. 6000 Mann.

Zur Regelung der politischen Gewalten in Hamburg

wird uns von der Nachrichten- und Presseabteilung des A.- und S.-Rates geschrieben:

In einer öffentlichen Versammlung, die die Stellung zur Nationalversammlung behandelte, kam der Referent Dr. Herz-Altona, auch auf die bekannte Erklärung zu sprechen, die Dr. Laufenberg als Vorsitzender des A.- und S.-Rates in der letzten Bürgerschaftssitzung abgegeben hat. Dr. Herz führte hierzu aus, daß diese Erklärung Laufenbergs lediglich hervorgerufen sei durch einen konterrevolutionären Akt, dessen offen ausgesprochene Absicht auf die Durchkreuzung der hamburgischen Politik des A.- und S.-Rates gerichtet gewesen sei. Diese Politik sei in der Oeffentlichkeit vielfach nicht richtig verstanden und als widerspruchsvoll gedeutet worden. In Wirklichkeit liege ihr aber ein einheitlicher Plan zugrunde. Die Revolution sei in allen Bundesstaaten ohne Verabredung und lediglich der inneren Logik der Dinge folgend gleichmäßig vorgegangen. Sie habe überall die alten politischen Gewalten, in den Monarchien also Dynastie und Parlamente, beseitigt. Sie habe aber gleichzeitig die kommunalen Verwaltungskörperschaften, Magistrat- und Gemeindevertretung, bestehen lassen. Der Charakter Hamburgs als Stadtstaat bringe es mit sich, daß die politische Gewalt und die kommunale Verwaltungstätigkeit in denselben Organisationskörpern, Senat und Bürgerschaft, vereinigt sei. Als Inhaber der politischen Gewalt mußten Senat und Bürgerschaft beseitigt werden, als Träger der kommunalen Verwaltungstätigkeit mußten sie fortbestehen. Demgemäß habe man in der Bekanntmachung vom 12. November zunächst Senat und Bürgerschaft aufgehoben und den Uebergang der politischen Gewalt auf den A.- und S.-Rat proklamiert. Bei Erlaß dieser Bekanntmachung sei gleichzeitig der Gedanke maßgebend gewesen, das bisherige hamburgische Staatsgebilde, das nach räumlichem Umfang und innerer Verfassung seinen Aufgaben nicht mehr gewachsen gewesen sei, zu sprengen und ein Gemeinwesen Groß-Hamburg auf breitester Grundlage zu schaffen. Schon jetzt zeige sich, daß die mit dieser Politik verfolgte Absicht gelungen sei. Selbst der Senat habe sich mit dem vom A.- und S.-Rat geschaffenen Zustande abgefunden und sich mit der Beschränkung seiner Tätigkeit auf kommunale Angelegenheiten einverstanden erklärt. Es gebe aber offenbar in Hamburg bestimmte Kreise, die sich mit dem Aufstieg der Arbeiterschaft zur politischen Macht nicht abfinden können. Der Wahlrechtsantrag, dessen Einbringung bei der Bürgerschaft be-

ab[illegible]tigt gewesen sei, sei sachlich völlig überflüssig, da das demokratische Wahlrecht heute außerhalb jeder Diskussion stehe und in einer Bekanntmachung des A.- und S.-Rates für alle künftigen, das Volk vertretenden Körperschaften bereits vorgesehen sei. Zweck dieses Wahlrechtsantrages sei lediglich gewesen, den politischen Schwerpunkt wieder vom A.- und S.-Rat in Senat und Bürgerschaft zu verschieben. „Hätte der A.- und S.-Rat sich mit der Beschlußfassung über diesen Antrag einverstanden erklärt, so wären Senat und Bürgerschaft wieder politische Körperschaften geworden. Ein Veto des A.- und S.-Rates gegen diesen Eingriff in seine Rechte hätte aber in der Oeffentlichkeit den Eindruck hervorgerufen, als ob der Rat gegen die gesetzgeberische Verwirklichung demokratischer Gedanken Stellung nehmen wolle. In diese Situation hätten die Macher dieses Antrages offenbar den A.- und S.-Rat hineinmanövrieren wollen. Dem sei man durch die Erklärung des Dr. Laufenberg entgegengetreten. Die Gegenerklärung des Bürgerschaftspräsidenten Dr. Schön widerspreche zunächst den Vereinbarungen, die zwischen ihm und den Vertretern des Rates über den Inhalt der auszutauschenden Erklärungen getroffen seien. Aber auf diese persönliche Seite der Sache solle hier nicht eingegangen werden. Herr Dr. Schön habe in seiner Gegenerklärung den ungeheuerlichen Versuch gemacht, die Verantwortung für das gegenwärtige oder kommende Massenelend der Gegenwart auf die Träger der Revolution abzuschieben. Das Volk werde sich von diesem Täuschungsversuch nicht düpieren lassen. Das Massenelend sei eine Folge der verbrecherischen Kriegspolitik, die gerade die Herrn Dr. Schön nahestehenden Kreise vier Jahre hindurch mit patriotischer Begeisterung unentwegt unterstützt hätten. Wer gegen diese Kriegspolitik protestiert und ihre verhängnisvollen Wirkungen vorausgesagt habe, sei gerade hier in Hamburg beschimpft, verhöhnt oder in den Kerker geworfen worden. Herr Dr. Schön habe in den Vorverhandlungen auf die Reizbarkeit des Bürgertums hingewiesen, die eine empfindliche Gefährdung des Wirtschaftslebens bedeute. Man habe ihm erwidert, daß kein Mensch den Bürger verhindern wolle, seinen Geschäften nachzugehen; aber es gebe nicht nur eine Reizbarkeit des Bürgertums, sondern auch eine Reizbarkeit der Arbeiterschaft. Wenn das Wirtschaftsleben ungestört weiterarbeiten solle, möge man die gegenwärtige Regelung der politischen Gewalten anerkennen.

Die Redaktion der „Roten Fahne" befindet sich bis auf weiteres nach wie vor in den Räumen des „Hamburger Echo", Fehlandstraße.

Lokales.

Hamburg, 2. Dezember 1918.

Die „Rote Fahne"!

Die heutige „Rote Fahne" erscheint unter einer neuen Redaktion. Sie wird im Sinne der Grundsätze der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei redigiert. Als „Rote Fahne" soll sie dem klassenbewußten Proletariat in seinem Befreiungskampfe Banner und Wegweiser sein.

Die „Rote Fahne" wird bestrebt sein, die Interessen der Arbeiterschaft auf allen Gebieten zu vertreten. Mit der Arbeiterschaft wird sie den Kampf um eine bessere Welt führen.

Arbeiter! Arbeiterinnen! Die Mächte des militärischen Systems sind gestürzt. Das Deutschland der Hohenzollern besteht nicht mehr. Die politischen Fesseln sind gesprengt. Dadurch ist die Bahn für den erfolgreichen Befreiungskampf aus allen Fesseln frei geworden. Noch harren unser die größten Aufgaben. Diese zu bewältigen, ist das Proletariat nur dann befähigt, wenn es einig und geschlossen für die Verwirklichung der sozialistischen Ziele eintritt.

Die „Rote Fahne" wird unentwegt für diese Ziele eintreten. Sie wird bestrebt sein, sozialistische Aufklärung zu fördern. Zu allen Tagesereignissen und -fragen wird sie vom sozialistischen Standpunkt Stellung nehmen, unbeirrt aller Anreihungen von rechts und links.

Der gewerkschaftliche Kampf der Arbeiterschaft wird von der „Roten Fahne" gefördert werden, in dem Bewußtsein, daß gewerkschaftliche Organisationen notwendig, ja unentbehrlich sind.

Der Einheit der Arbeiterbewegung die Wege zu ebenen, sind wir bereit. Wir wünschen eine Einheit aller klassenbewußten, sozialistischen Arbeiter. Arbeiterorganisationen zu schaffen, in denen demokratischer Geist, sozialistische Weltanschauung eine Stätte hat, ist unser Ziel.

Von der Arbeiterschaft Hamburg-Altonas und Umgegend erwarten wir eine freudige, opferwillige Unterstützung unserer Bestrebungen. Von ihnen erwarten wir, daß sie Leser der „Roten Fahne" und Mitglieder der Unabhängigen Sozialistischen Partei werden.

Die Parole für unsere Parteigenossen und -Genossinnen heißt: „Werbt Abonnenten für unsere Zeitung und Mitglieder für unsere Organisation!"

Genossen! Genossinnen! Mit frischem Mut und Begeisterung einer neuen, einer glücklichen Zukunft entgegen. Die „Rote Fahne" weht Euch voran! Sie wird Banner und Wegweiser sein!

Reorganisation des Soldatenrats von Hamburg, Altona und Umgegend.

Der Arbeiter- und Soldatenrat schreibt uns:

Gemäß den Richtlinien der Resolutionen der Vollversammlung aller Soldatenräte sämtlicher Truppenteile von Hamburg, Altona und Umgegend am 21. November 1918 im Gewerkschaftshause:

Die ergänzenden Neuwahlen erfolgten auf Antrag der Versammlung der Delegierten der Truppenteile von Hamburg, Altona und Umgegend.

Siebener-Ausschuß.

1. Heise, Vorsitzender.
2. Lampl, stellvertretender Vorsitzender. Referat: Politik, Presse, Verbindung mit dem Arbeiterrat.
3. Schädlich. Referat: Verbindung mit der Delegiertenversammlung, Finanzen, Aufklärung.
4. Preuschoff, Referat: Militärischer Sicherheitsdienst, Verbindung mit der Marine.
5. (Wird noch gewählt.) Referat: Militärische Angelegenheiten Generalkommando des 9. Armeekorps, Demobilisation.
6. Siemer, Referat: Schiffahrt, Ernährung, Verkehr.
7. Baumann, Referat: Kanzlei, Verbindung mit Zivilverwaltung.

Ueber die Organisation des Dreißiger-Ausschusses und die Lage der Geschäftszimmer wird Bekanntmachung erfolgen.

Die Schaffung eines Groß-Hamburg

behandelte Genosse Dr. Laufenberg am Sonnabend im Gewerkschaftshaus in einer Vollversammlung des großen Arbeiter- und Soldatenrats von Hamburg-Altona. Auf den ausgezeichneten Vortrag, in dem das zukünftige Groß-Hamburg vor den Hörern erstand, daß im Norden die Kreise Stormarn-Pinneberg und im Süden die Gebiete von Lüneburg, Winsen und Bleckede umfaßt, werden wir noch zurückkommen. Am Dienstag nachmittag wird eine Versammlung der A- und S-Räte aus Hamburg und der weiteren Umgebung sich mit dieser Frage beschäftigen.

Erwerbslosen-Fürsorge.

Die Meldestellen für Erwerbslosen-Fürsorge werden von Dienstag, den 3. 12., ab geöffnet. Die Lage der Meldestellen ist aus den an den Polizeiwachen und den Bezirksbureaus angebrachten Plakaten ersichtlich. Die Meldung hat für diejenigen Personen, deren Familienname mit A—M anfängt, werktags zwischen 8—12 Uhr, für diejenigen mit N—Z von 12—3 Uhr zu erfolgen. Kriegerwitwen wenden sich an die Hinterbliebenen-Versorgungsabteilung, Poststraße 19. Mitzubringen ist Meldeschein und möglichst Invalidenkarte. Militärpersonen müssen vorher ihre Entlassung von ihren Truppenteilen herbeiführen und ihren Militärpaß oder ihren Entlassungsschein mitbringen. Die Erwerbslosenunterstützung wird gewährt an Nicht-Kriegsteilnehmer, die in der Stadt Hamburg wohnen, an Kriegsteilnehmer, das heißt Personen, die nach dem 10. November 1918 aus dem Heeresdienst entlassen sind, falls sie bei ihrer Einziehung in Hamburg gewohnt haben.

Die Anmeldung hat durch das Familienhaupt, nicht durch die Frau oder Kinder zu erfolgen.

Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit nach Hamburg gezogen sind, werden hier nicht unterstützt. Ihnen kann nur freie Reise nach ihrem früheren Wohnort gewährt werden.

Die Arbeitgeber werden dringend ersucht, nur Arbeiter anzustellen, die ihnen durch die Arbeitsnachweise zugewiesen werden. Nur Arbeiter, die sie früher beschäftigt haben und die jetzt wieder auf ihre alten Stellen zurückkehren, sollen von ihnen direkt angenommen werden. Auf diese Weise können die Arbeitgeber die Bemühungen der Erwerbslosen-Fürsorge wesentlich unterstützen.

Für die heimkehrenden Krieger ist eine Beratungsstelle im Arbeitsamt, Börsenbrücke 6, eröffnet worden.

Rentenversorgung.

Hinterbliebene von Kriegsteilnehmern haben vereinzelt ihre Ansprüche auf Rentenversorgung bisher nicht geltend gemacht, weil sie die Familienunterstützung weiter bezogen haben. Diesen Hinterbliebenen wird jetzt dringend geraten, die Rentenversorgung umgehend in der Poststr. 19, Zimmer 1, zu beantragen, damit in der Versorgung keine Unterbrechung eintritt, wenn die Familienunterstützung in absehbarer Zeit eingestellt wird.

Das stellv. Generalkommando des 9. A. K. erläßt im heutigen Anzeigenteil eine Bekanntmachung über die Ausreise von Zivilgefangenen und Zivilpersonen.

Versteigerung von Dienstpferden.

Das Kriegsministerium macht bekannt:

Die öffentlichen Versteigerungen der durch Beendigung des Krieges überzählig werdenden Dienstpferde haben aus verschiedenen Gründen bereits beginnen müssen, ehe die hierfür vorgesehenen Ausweise (Pferdekarten) den Zivilverwaltungsbehörden zur Verteilung an die pferdegebrauchende Bevölkerung überwiesen werden konnten. Nachdem dies nunmehr geschehen ist, liegt es im Interesse der Pferdegebraucher, sich zur Erlangung der für ihren behördlich anzuerkennenden Pferdebedarf erforderlichen Pferdekarten baldmöglichst bei der zuständigen Stelle (Landratsamt, Polizeipräsidium, Magistrat usw.) zu melden, da zu den Versteigerungen in einigen Tagen nur noch Karteninhaber Zutritt erhalten werden. Solche Gebraucher von Pferden, die zu den kleinen, unbemittelten Landwirten und Gewerbetreibenden zählen und zur Erlangung der unumgänglich nötigen Spannkräfte vorzugsweise berücksichtigt werden müssen (was von den die Karten ausgebenden Zivilbehörden zu beurteilen ist), erhalten rote Pferdekarten, insbesondere diejenigen unter ihnen, die durch Verwundung usw. im Felde in ihrer Erwerbstätigkeit beeinträchtigt sind oder Angehörige, die Ernährer der Familie waren, aus Anlaß von Kriegsereignissen verloren haben.

Auf den Versteigerungen sollen zunächst nur die Inhaber roter Karten, die deutlich sichtbar getragen werden müssen, zum Bieten zugelassen werden, die Inhaber weißer Karten erst dann, wenn erstere abgefunden sind.

Seuchenkranke und seuchenverdächtige Pferde werden nicht versteigert. Seuchenansteckungsverdächtige Pferde (mit Ausnahme der rotzansteckungsverdächtigen) werden mit veräußert, jedoch getrennt von den gesunden. Die Käufer solcher Pferde haben sie weiterhin abgesondert zu halten und der Polizeibehörde des Ortes, wohin die Pferde überführt werden, Anzeige von der Art des Ansteckungsverdachtes zu machen, damit der Seuchenverschleppung vorgebeugt wird.

Mit Rücksicht auf die allgemeine Transportlage können die Pferdeversteigerungen nur in den Demobilmachungsorten der Truppen stattfinden. Die Pferdegebraucher müssen sich daher über die Bekanntmachungen der Versteigerungen rechtzeitig unterrichten und sie aufsuchen.

Als Zahlungsmittel werden Kriegsanleihe zum Nennwert in Zahlung genommen, und zwar die fünfprozentigen Schuldverschreibungen aller Kriegsanleihen ohne Unterschied und die erstmalig bei der 6. Kriegsanleihe ausgegebenen 4½prozentigen auslosbaren Schatzanweisungen, jedoch nur in Grenzen des Kaufpreises. Herauszahlungen in bar finden nicht statt. Bei den Pferdeversteigerungen werden Käufer, die die Bezahlung in Kriegsanleihe anbieten, bei sonst gleichen Geboten vor anderen berücksichtigt. Der laufende Zinsschein der Kriegsanleihestücke wird dem Käufer belassen. Dieser hat dafür neben dem Kaufpreis die Stückzinsen vom Zahlungstage bis zum Tage der Fälligkeit des Zinsscheines zu entrichten.

Die V. Genesungskompagnie, Ers.-Bail. 31 schreibt uns: Sämtliche Angehörigen der Kompagnie, mit Ausnahme der zu Recht Beurlaubten, haben sich bis Dienstag, 3. Dezember, bei der Kompagnie zu melden, widrigenfalls die Familienunterstützung entzogen wird.

Kein Salvarsan-Raub. Kürzlich erschien eine Pressenotiz mit der Mitteilung, daß die Kameraden Walter Meß, Johannes Krames und Köhler an einem Salvarsan-Diebstahl beteiligt gewesen seien. Die Untersuchung hat ergeben, daß die genannten Kameraden in bester Absicht die Ware dienstlich beschlagnahmt haben. Selbstverständlich ist auch niemand erschossen worden. Die Genannten sind völlig unschuldig. Es wird davor gewarnt, in dieser Angelegenheit unwahre Gerüchte weiter zu verbreiten.

Cuxhaven. Bericht der Versammlung am 28. Novbr. 1918. Am 28. November fand hier eine gutbesuchte Volksversammlung der Unabhäng. S. P. statt. Als Referent war der Genosse Rieper-Altona erschienen, der über das Thema: „Unsere Aufgaben in der Zukunft" sprach. Einleitend kennzeichnete er die grauenhaften Folgen des fast 4½jährigen Krieges. 7 Millionen Leichen liegen auf den Schlachtfeldern verscharrt, ungefähr doppelt soviel laufen als Krüppel und Verwundete umher. Tausende von Frauen und Kindern sind in der Heimat an Sorgen und Entbehrungen zugrunde gegangen. Unsere heiligste Aufgabe in der Zukunft muß sein: die Wiederkehr solcher scheußlichen Zustände zu verhindern. Um das zu können, ist es notwendig, daß man sich über die Ursachen und den Charakter dieses Weltkrieges klar wird. Während des ganzen Krieges ist das Volk belogen und betrogen worden, und nur in diesem Dunstschleier der Lügen war es möglich, das Volk in dem Glauben zu erhalten, daß es sich um einen Verteidigungskrieg handelte. Die deutschen Staatsmänner haben in unverantwortlicher Weise diesen Krieg heraufbeschworen und das Zustandekommen von Friedensverhandlungen während des ganzen Krieges verhindert. Hinter den verbrecherischen Handlungen der Staatsmänner standen in allen Ländern als zum Kriege treibende Kraft: das Finanzkapital. Dieses war bestrebt, in der ganzen Welt Ausbeutungs- und Anlagegebiete zu gewinnen. Das mußte schließlich zu einem großen Kriege führen. In einem solchen Kriege sind die kapitalistischen Staaten, weil sie Eroberungsabsichten haben, Angreifer und nicht Verteidiger. Weil wir dies erkannt hatten, haben wir seit dem Beginn des Krieges bei jeder Gelegenheit die Kriegspolitik der Regierung bekämpft. Dieser Kampf hat uns ungeheure Opfer gekostet. Tausende unserer Genossen und Genossinnen sind ins Zuchthaus, ins Gefängnis oder in Schutzhaft gekommen. Andere Tausende wurden zwangsweise in den grauen Rock gesteckt, um sie auf diese Weise zu beseitigen. Trotz all der Opfer haben wir den Kampf nicht aufgegeben und jedes Opfer brachte uns neue Anhänger im Volke wie auch im Heere und der Marine. Wir können uns rühmen, der Revolution die Wege geebnet zu haben. In Hamburg trat dies besonders deutlich in die Erscheinung. Hier war eine von vielen Tausenden besuchte Versammlung der Unabhängigen, die die Einleitung der Revolution darstellte. Jetzt stehen wir in der Revolution. Deutschland ist eine Republik geworden, aber nur eine politische, noch keine soziale. Große Aufgaben stehen uns bevor. Als größte Aufgabe ist schon die der Verhinderung künftiger Weltkatastrophen genannt worden. Dies ist nur möglich durch Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die Sozialisierung der großen Betriebe ist eine Notwendigkeit. Leider sind wir gezwungen, auf einem Trümmerhaufen unsere Arbeit zu beginnen. Hinzu kommen die ungeheuren Ernährungsschwierigkeiten. Die alte Regierung hat in verbrecherischer Weise einen Ernährungsplan aufgestellt, der nur bis zum 31. Dezember 1918 reicht. In den ersten Monaten des nächsten Jahres haben wir also die Aussicht, dem Hungertode preisgegeben zu sein, wenn es uns nicht gelingt, vom Auslande Nahrungsmittel zu erhalten. Dies ist nur möglich, wenn es gelingt, die Produktion in Gang zu halten. Deshalb ist unsere erste Aufgabe, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Nur dann können wir auch erfolgreich die Sozialisierung der Gesellschaft in Angriff nehmen. Dazu ist es notwendig, daß die Arbeiter und Soldaten sich geschlossen hinter die Diktatur der Arbeiter- und Soldatenräte stellen. Es ist verständlich, daß viele Arbeiter sich gegen die Einberufung einer Nationalversammlung sträuben, weil diese nur dazu dienen soll, die Diktatur des Bürgertums wieder aufzurichten. Wir als Sozialdemokraten, können uns nicht eher für die Aufhebung der Diktatur der Arbeiter und Soldaten erklären, bis wir die Garantien haben, daß die völlige Demokratie gesichert ist. Neben den großen Aufgaben, die Sicherung des dauernden Friedens, der Ernährungsmöglichkeiten des Volkes, der Regelung der Arbeitsverhältnisse, stehen noch viele andere einzelne Aufgaben, wie sie das sozialdemokratische Programm verlangt. Bis zu deren völligen Durchführung werden noch große Kämpfe zu bestehen sein. Die Einführung der Nationalversammlung wird nicht verhindert werden können. Wir müssen uns schon heute auf den Wahlkampf vorbereiten. Wer uns in unserem Kampfe unterstützen will, wer die Errungenschaften der Revolution sichern will, der hat die Pflicht, sich der U. S. P. D. anzuschließen. Nur dann wird es möglich sein, einen Zustand des Friedens, des Glückes und der Freiheit für alle Menschen zu schaffen. (Reicher Beifall.)

In der Diskussion wurde von allen Rednern die Einberufung einer Nationalversammlung gefordert und Agitation Liebknechts entschieden abgelehnt.

In seinem Schlußwort betonte Genosse Rieper, daß die Einberufung der Nationalversammlung schon aus technischen Gründen nicht so schnell erfolgen könne, als mancher glaubt. Er gab in kurzen, knappen Worten nochmals ein Bild von der Tätigkeit und den Grundsätzen der U. S. P. D. und betonte, daß jeder, der diese Grundsätze anerkennt, die Pflicht habe, Mitkämpfer in unseren Reihen zu werden.

Der starke Beifall, den der Referent erhielt und die zahlreichen Aufnahmen, die unsere Partei machte, zeigen uns, daß auch in Cuxhaven ein günstiger Boden für die Unabhängigen vorhanden ist.

Altona.

Altonaer Museum. An Stelle des durch Krankheit verhinderten Herrn Gorßen hat Fräulein Berta Reinhardt sich freundlichst erboten, aus Reuters Werken vorzulesen.

Wandsbeck.

Städtische Säuglingsfürsorge. In der Sprechstunde der hiesigen Säuglingsfürsorgestelle, die am 27. November 1918, vormittags von 10 bis 11 Uhr, stattfand, wurden 54 Kinder dem Kinderarzt vorgestellt, 2 zum ersten und 52 zu wiederholten Malen. Von den Kindern war 1 uneheliche.

Verkauf von städtischem Zucker. Der erste, zweite, dritte und vierte Zuckerabschnitt der neuen Warenbezugskarten ist für diese Woche gültig für je 175 Gramm Zucker zum Preise von 63 ₰ pro Pfund. Es kommt also in dieser Woche der Zucker für die 4 Wochen (im ganzen 700 Gramm), die am Sonnabend, 21. Dezember, abschließen, zur Verteilung. Es wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß bis zu dem Tage kein weiterer Zucker ausgegeben werden kann. Verbraucher sind jedoch nicht verpflichtet, den ganzen Zucker sofort abzunehmen. Sie können mit ihrem Händler vereinbaren, den Zucker für sie aufzubewahren.

Schleswig-Holstein.

Eckernförde. Ein prinzlicher Kleiderhamster. Dem Arbeiter- und Soldatenrat wurde die Mitteilung, daß der Prinz von Schleswig-Holstein auf seinem Gute Louisenlund eine größere Anzahl Anzüge, Fußzeug und sonstige Bekleidungsgegenstände verborgen habe. Eine dort vorgenommene Untersuchung hatte folgendes Ergebnis: Es fanden sich in einem entlegenen Teile des Schlosses in einem dumpfigen Kellerloch vermauert u. a. 8 Anzüge, 6 Paar Schuhe, 8 große Ballen Leinen, Pelzsachen und Körbe mit Silbersachen. Dadurch, daß diese Sachen eingemauert waren, hat der Eigentümer zu erkennen gegeben, daß er sie nicht braucht. Die Untersuchungs-Kommission hat die Kleidungsstücke beschlagnahmt, um sie der Allgemeinheit zugänglich zu machen und vor dem Verderben in der Mauer zu bewahren. — Während ein großer Teil des arbeitenden Volkes nicht weiß, wo er die Kleidungsstücke hernehmen soll, um sich vor Kälte zu schützen, haben andere, die es sich leisten können, davon im Ueberfluß. Gut, daß die neuen Gewalten gründliche Auskehr halten.

Für die Opfer der Revolution!

Arbeiter, Soldaten, Mitbürger!

Die revolutionären Kämpfe in Hamburg haben ihre Opfer gefordert. Unsere Dankbarkeit können wir den gefallenen freiheitlichen Kämpfern am besten dadurch bezeugen, daß wir die Existenz ihrer lieben Angehörigen sicherstellen. Zu diesem Zweck hat der A.- und S.-Rat eine Kommission eingesetzt, die einen Fonds sammelt, aus dem die Angehörigen der Gefallenen Kämpfer unterstützt werden sollen. Diese Kommission nimmt Beträge entgegen und bittet Zahlungen an die Expedition des „Hamburger Echo" oder der „Roten Fahne" oder bei der Bank-Abteilung der Großeinkaufs-Gesellschaft, Hamburg 1, Besenbinderhof, auf das Konto des Arbeiter- und Soldatenrates, Theodor Ziesing, zu richten. Ueber die Beträge wird in den genannten Blättern öffentlich quittiert. Alle Anmeldungen der Hinterbliebenen sind schriftlich an Theod. Ziesing, Mitglied des A.- und S.-Rates, Rathaus, Zimmer 303, zu senden.

J. A. der Kommission: Theodor Ziesing.

Der Arbeiter- und Soldatenrat: Laufenberg. W. Heise.

F.-T.-Sprüche des Arbeiter- und Soldatenrates (Seewarte).

Deutschland ist nicht ausgehungert. Aus Zürich wird gemeldet: Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist die Lebensmittellage in Deutschland viel weniger kritisch, als die dringenden Notrufe Dr. Solfs es glauben machen wollen. Deutschland hat Lebensmittel bis April, vorausgesetzt, daß die Militärbestände der Zivilbevölkerung zugeführt werden. Diese Reserven, die im Monat Oktober zur Verpflegung des Inlandes angebrochen wurden, sind gleich nach der letzten Ernte wieder ergänzt worden und jetzt nur in ganz geringen Mengen verbraucht. Es kann demnach nicht zur Hungersnot in Deutschland während des Winters kommen, wenn die strenge Rationierung und methodische und regelmäßige Verteilung zwischen den einzelnen Staaten aufrechterhalten wird.

Die Verantwortung für den Ursprung des Krieges. Aus Bern wird gemeldet: Die deutsch eRegierung hat es für gut befunden, die Antwort Bethmann-Hollwegs auf die Enthüllungen Kurt Eisners durch den früheren Staatssekretär des Aeußeren, Zimmermann, einer Persönlichkeit, die schon bei Beginn des Krieges sich vor den Unbilden des ganzen Reichstages zurückziehen mußte, bekräftigen zu lassen. Diese Tatsache zeigt, wie weit die deutsche Regierung noch davon entfernt ist, sich über die wahre Lage Deutschlands Rechenschaft abzulegen. Zimmermann, der 1914 Staatssekretär des Aeußeren war, hat sich dem Redakteur der deutschen „Allgemeinen Zeitung" gegenüber in einem recht hochmütigen Ton ausgelassen. Er wiederholt die alten Verleumdungen gegen Serbien und nimmt die lügenhafte Theorie wieder auf, der zufolge Berlin von dem Inhalt des österreichischen Ultimatums nichts gewußt hat. Er behauptet entgegen der Wahrheit, daß die russische Mobilisation den Krieg heraufbeschworen habe. Tatsache ist, daß die deutsche Regierung einem Manne ihr Vertrauen schenkt, der zu der Gruppe der Männer gehörte, die im Juli 1914 alle Verbrechen begangen haben. Damit erklärt sie sich solidarisch mit den Akten der Regierung, deren Hauptbeschäftigung es war, die begangenen Fehler zu verhehlen.

Die amerikanischen Kriegsauslagen. Aus Washington wird gemeldet: Burke, Finanzminister der Vereinigten Staaten, macht bekannt, daß im Verlaufe des letzten, am 30. Juni zu Ende gegangenen Finanzjahres die amerikanische Armee 6 Milliarden 635 Millionen Dollar gekostet hat, die Marine 1 Milliarde 867 Millionen, die Staatsregierung 1 Milliarde 516 Millionen. Die öffentlichen Schulden belaufen sich in diesem Zeitpunkt auf 12 Milliarden 396 Millionen Dollar.

Die bayerischen Militärbehörden veröffentlichen über die weittragenden Geschütze, die seinerzeit Paris beschossen, folgendes: Die Geschütze wurden konstruiert mit Marinegeschützen, die eine neue Seele enthielten. Diese Umänderung wurde in verhältnismäßig kurzer Zeit bewerkstelligt. Die Vorbereitungen der Geschütze dauerten im ganzen 6 bis 9 Monate. Das Kaliber war 21 cm, das Gewicht der Geschosse 150 kg. Das Gleiche gilt für die Ladung, Abschußwinkel 65 Grad. Das Geschoß erreichte eine Steighöhe von 35 Kilometern. Es waren immer zwei Geschütze in Stellung, die gut betoniert war. Die Geschütze wurden auf Schienen bewegt und mittels Kräne aufmontiert. Vorstehende Veröffentlichungen stammen vom Großen Hauptquartier.

F.-T.-Leitung des Arbeiter- und Soldatenrates Hamburg (Seewarte) (gez.) Gelpke.

Letzte Drahtnachrichten.

Tagung der Frontsoldatenräte.

Bad Ems, 2. Dezember. Hier versammelten sich die Frontsoldatenräte zu einer Tagung. Anwesend waren etwa 300 Delegierte, unter denen sich viele Offiziere befanden. In der Mehrzahl gehörten die Teilnehmer den Intellektuellen an. (?) Die Versammlung verlor sich infolge der politisch vielfach ungeschulten Redner in eine fruchtlose Geschäftsordnungsdebatte. Als erster Redner für die Oberste Heeresleitung und die Regierung sprach der frühere Reichstagsabgeordnete Giebel (Ztr.), der mit seinen Ausführungen auf lebhaften Widerspruch stieß. Kamerad Thiele gab eine kurze Zusammenstellung der Vorgänge, die zur Revolution führten, und faßte die Ausführungen unter lebhafter Zustimmung der Anwesenden dahin zusammen, daß die Revolution demokratisch und sozialistisch sein müsse. In der Diskussion wurde allseitig der Wille des Volksheeres bekundet, hinter der Regierung zu stehen und etwaige separatistische Bestrebungen zu bekämpfen. Bei den Teilnehmern waren vielfach falsche Vorstellungen über Stärke und Bedeutung der Spartacus-Gruppe und des Schlagwortes „Bolschewismus" vorhanden. Ein Vertreter der Vierten Armee sagte: Wir werden niemals gegen die Soldatenräte der Heimat gehen. Es ist falsch, von uns zu glauben, daß die Stimmung des Frontheeres eine solche sei. Es ist unsere Pflicht, ein offenes Auge zu haben für die Machenschaften von rechts. Mancher Offizier, der rasch umgelernt hat, wird ebenso rasch wieder umlernen, sobald sich die Gelegenheit dazu bietet. Wir alle wollen laut aussprechen, daß wir uns niemals dazu gebrauchen lassen werden, den Wünschen der Gegenrevolutionäre zu dienen. (Lebhaftes Bravo!)

In der Nachmittagssitzung sprach als erster Redner Volksbeauftragter Barth: Es ist bedeutend schlechter um Deutschland bestellt, als wir wissen. Es ist meine Pflicht, nichts zu verheimlichen. Es ist so trübe und so schwer. Wenn wir nicht alles auf die Beine bringen, kommen wir nicht weiter. Man weiß nicht, wie es gemacht werden soll. Die erste Sorge war für uns die Zurückbringung des Millionenheeres über den Rhein. Mit Dankbarkeit und Bewunderung sah ich gerade auf meiner Reise von Berlin nach hier, wie dieses Heer durch Selbstzucht und Unterordnung es fertig brachte, diese schwere Aufgabe zu lösen. Die größte Masse ist zurückgekehrt. Leider waren wir auch gezwungen, gegen einzelne Offiziere, welche kein Verständnis für die Neuordnung der Dinge haben, energisch vorzugehen. General Eberhardt mußte zur Disposition gestellt werden. Aber alles dies geschah in Uebereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung und dem Kriegsministerium. Trostlos ist die Lage unserer Truppen im Osten.

Zum Schluß wurde einstimmig eine Resolution gefaßt, in der der Regierung das Vertrauen ausgedrückt wird.

Gegenrevolutionäre Umtriebe in Kreuznach.

Kreuznach, 2. Dezember. Zu ernsten gegenrevolutionären Ausschreitungen kam es hier anläßlich der Tatsache, daß der Arbeiter- und Soldatenrat am Stadthause neben den Nationalfahnen auch die Rote Fahne gehißt hatte. Nachdem diese erst vor einigen Tagen durch einen Offizier herabgeholt worden war, wurde sie am Sonnabend nachmittag auf Befehl eines Offiziers von mehreren Mannschaften gewaltsam herabgeholt und verbrannt. Nachdem diese Fahne durch eine neue ersetzt worden war, kam es am Sonntag vormittag zu einer ernsthaften Ausschreitung. Einige im jugendlichen Alter stehende Unteroffiziere des hier einquartierten 98. Infanterie-Regiments erschienen mit Revolvern bewaffnet auf dem Bureau des Arbeiter- und Soldatenrats und machten der anwesenden Leitung den Vorwurf, daß die mangelhafte Ernährung der Truppe die Schuld des Arbeiter- und Soldatenrates sei. Sie verlangten die Entfernung der Roten Fahne; ohne die ihnen angebotene Unterredung mit dem Ortskommandanten abzuwarten, bahnten sich die Leute gewaltsam unter Drohungen mit Waffengebrauch den Weg zu dem verschlossenen Raum, erbrachen ihn und entfernten die Fahne unter lautem Beifall des sogenannten den besseren Ständen angehörenden Publikums. Alsdann hielt ein berittener Hauptmann eine patriotische Ansprache und brachte ein dreifaches Hurra auf „Seine Majestät" aus, in welches die bürgerliche Menge kritiklos einstimmte!! Nunmehr erschien die bewaffnete Bürgerwehr, um auch den übrigen Fahnenschmuck des Rathauses zu entfernen. Das Arbeiterpublikum nahm dagegen eine drohende Haltung ein. Eine Massenversammlung protestierte gegen diese reaktionäre Kritik, ohne aber die Absicht der roten Fahne durchzuführen.

Die Schuldigen des Krieges.

Wien, 2. Dezember. In einer massenhaft besuchten Versammlung der Volkswehr erklärte der Unterstaatssekretär Glöckl, die Anklagebank für die Schuldigen am Kriege sei schon bereitgestellt, das Volk werde mit Stimmzetteln in der Hand sein Urteil sprechen.

Uebergabe der ostafrikanischen Streitmacht.

London, 1. Dezember. Reuter meldet aus Lourenco Mauritius vom 25. November: Amtlich wird bekanntgegeben, daß General von Lettow-Vorbeck sich mit 30 Offizieren, 125 anderen Europäern, 1165 Askari, 1516 Trägern, 482 örtlichen und portugiesischen Trägern, 18 Eingeborenen-Häuptlingen, 283 männlichen Eingeborenen, 819 Frauen ergab. Die Askaris bleiben bis zu ihrer Heimbeförderung in Tabora.

Anteilscheine für die „Rote Fahne".

Die von der Pressionds-Kommission in Umlauf gebrachten Anteilscheine in Höhe von M. 10, 20, 50, 100 und höher, sind zu haben bei folgenden Genossen und Genossinnen:

A. Schwarz, Barmbeckerstr. 34.
W. Möller, Bremerstr. 52, 2. Et., b. Krause.
A. Gatzenmeier, Wendenstr. 367, 2. Et.
M. Wulff, Eichholz 25, 2. Et.
O. Hammer, St. Pauli, Querstr. 6.
H. Jung, Schmefeldterstr. 15, part.
H. Wegener, Jungfrauenthal 15, K.
W. Ochs, Borgesch 19, 3. Et.
A. Grygo, Gerstenkamp 7, 3. Et.
H. Kaiser, Altona, Unzerstr. 11.
F. Kalweit, Schumannstr. 44a, 3. Et.
P. Wagner, Humboldtstr. 131, 3. Et.
P. Dittmann, Friedrichstr. 38.
J. Rieper, Altona, Maynspassage 2, 1. Et.
W. Rühl, Heußweg 94, 3. Et.
Meta Haberlein, Frahmheinstr. 26, 2. Et.
A. Reitze, Gärtnerstr. 99, 3. Et.
Rich. Volquarts, Schleidenstr. 4, 1. Et.
H. Oldörp, Altona, Breitestr. 56.
L. Baumann, Lohkoppelstr. 46, 3. Et.
E. Hoffmann, Rotesoodstr. 21, H. 2, 1. Et.
Heinrich Schwarz, Wendenstr. 357.
H. Eckelmann, Bartholomäusstr. 1.
J. Möller, Hammerstr. 22, 1. Et.

Außerdem sind Scheine zu erhalten und werden Einzahlungen entgegengenommen in der Expedition der „Roten Fahne" sowie bei dem Obmann der Preßfondskommission, Georg Parge, Brodersweg 1, part.

Alle für den Pressefonds eingenommenen Gelder bitten wir abzuliefern in der Expedition oder bei dem Obmann.

Die Pressefonds-Kommission.

Anzeigen.

Unsere Filiale für Eilbeck-Wandsbeck
hat der
Genosse Möller,
Eilbeck-Wandsbeck, Hammerstr. 22, 1. Et.,
übernommen.

Dort ist die „Rote Fahne" von heute ab zu haben, auch werden Abonnements entgegengenommen, ebenfalls Beitrittserklärungen zur Unabhängigen Partei.

Geschäftsstelle der „Roten Fahne".

Abonnenten für die **„Rote Fahne"** werden bei **F. Janz, Rotenburgsort, Hardenstr. 38, Ld.,** angenommen.

Die Filiale der Roten Fahne für Wandsbeck
befindet sich beim Genossen
G. Fischer, Feldstraße 84, I.
Neue Abonnements und Aufnahmen für die U. S. P. D. werden dort entgegengenommen.

Die **Filiale** der
„Roten Fahne"
für **Bergedorf-Sande,** befindet sich bei
Richard Lindenau, Sande, Lohbrüggenstraße 7.

Die Filiale d. „Roten Fahne" für Hamm u. Borgfelde befindet sich b. Genossen Schwarz, Wendenstraße Nr. 357, III.
Interessenten können sie dort abholen, ebenfalls werden neue Abonnements und Aufnahmen in die Unabh. Sozialdemokr. Partei dort entgegengenommen.

Unsere **Filiale** für
Horn und Schiffbek
befindet sich bei
Ernst Meyer, Hornerlandstraße 301.
Abonnements auf die „Rote Fahne" werden dort entgegengenommen.

Bekanntmachungen des Arbeiter- und Soldatenrates für Hamburg, Altona u. Umgegend.

Wirtschaftliche Demobilmachung.

In Gemäßheit des Erlasses vom 12. November über die Errichtung des Reichsamtes für die wirtschaftliche Demobilmachung und unter Bezugnahme auf die Verordnung über die wirtschaftliche Demobilmachung vom 7. November werden

1. zum Demobilmachungskommissar für das hamburgische Staatsgebiet
der Senatssyndikus Dr. Buchl,
Anschrift: Arbeitsamt, Börsenbrücke 6,
2. zum Vorsitzenden des Demobilmachungsausschusses Hamburg der mit der Leitung des Arbeitsamtes betraute
Landrichter Dr. Matthaei,
Arbeitsamt, Börsenbrücke 6,

und als dessen Vertreter der Direktor des statistischen Amts und Einquartierungsamtes
Professor Dr. Stöllin,
Rödingsmarkt 83,

ferner als Mitglieder des Demobilmachungsausschusses die dem Arbeitsamt auf Vorschlag der wirtschaftlichen Organisationen angehörenden Herren

1. Curt Schede, Mönckebergstraße 19,
2. Dr. Ing. F. P. G. Stenzel, Gewerbekammer, Holstenwall 12,
3. Emil Homann, Norderstraße 93,

als Vertreter der Arbeitgeber, sowie die Herren

4. Emil Hüffmeier, Besenbinderhof 57,
5. Fr. Runtzler, Besenbinderhof 57,
6. Heinrich Meyer, Büschstraße 4

als Vertreter der Arbeitnehmer
ernannt.

Die Mitglieder des Demobilmachungsausschusses sind berechtigt, sich vertreten zu lassen.

Das hamburgische Landgebiet hat als einheitlicher Kommunalverband im Sinne der Verordnung vom 7. November 1918 zu gelten. Die Ernennung der Vorsitzenden und Mitglieder eines Demobilmachungsausschusses für das Landgebiet wird dem Demobilmachungskommissar übertragen.

Hamburg, den 28. November 1918.

Waffenabgabe.

Für die Waffenabgabe kommen nur moderne, brauchbare Schußwaffen in Frage; Theaterwaffen, Vorderlader, Dekorationswaffen und Jagdgewehre, wenn vom Arbeiter- und Soldatenrat visierter Jagdschein vorhanden ist, sowie Eigentums-Degen und Seitengewehre fallen nicht unter das Abgabegebot.

Bekanntmachung.

1. Um bei den Pferdeversteigerungen zukünftig Ungerechtigkeiten zu vermeiden, wird darauf hingewiesen, daß von den Versteigerungen arbeitsfähiger Pferde Händler unbedingt ausgeschlossen bleiben müssen. Die Verkaufskommissionen sind angewiesen, hierauf ihr besonderes Augenmerk zu richten.

2. Allen übrigen Personen, welche Pferde zur Aufnahme ihres Berufes notwendig kaufen müssen, wird dringend empfohlen, sich bei den zuständigen Zivilbehörden sogenannte „Pferdekarten" zu besorgen. Die Inhaber dieser Pferdekarten sollen bei den öffentlichen Verkäufen von Militärpferden in erster Linie berücksichtigt werden.

3. Bis zur erfolgten Verteilung der Pferdekarten werden Versteigerungen von Militärpferden nach Möglichkeit beschränkt werden.

4. Die Zivilbehörden werden darauf aufmerksam gemacht, daß Pferdeversteigerungen nur in den Demobilmachungsorten der Truppen stattfinden können. Es wird ersucht, durch öffentliche Bekanntmachungen auf diesen Umstand hinzuweisen, damit die Käufer aus entfernten Kreisen usw. sich zu den Versteigerungen in den Demobilmachungsorten einfinden.

5. Wenn Pferdekarten versehentlich auf Kreise usw. ausgestellt sind, in denen Versteigerungen nicht stattfinden, so soll dies keinen Grund bieten, die Inhaber solcher Karten von Versteigerungen in anderen Kreisen zurückzuweisen.

Ausweise für Kraftfahrer.

Es wird hiermit gewarnt, Kraftfahrzeuge und Geräte, welche der Heeresverwaltung gehören, anzukaufen oder den Ankauf zu vermitteln.

Sämtliche Kraftfahrer, welche einen Heereswagen steuern, haben Ausweise, welche vom hiesigen Arbeiter- und Soldaten-Rat, Abteilung Kraftfahrwesen, ausgestellt sein müssen, bei sich zu tragen. Diese Ausweise haben nur dann Gültigkeit, wenn sie eine Unterschrift vom Fünferausschuß und den Namen Ademacher tragen.

Zuwiderhandlungen werden auf das strengste von den zuständigen Gerichten geahndet.

Abteilung Kraftfahrwesen.

Die Nachrichten- u. Presseabteilung des A.- u. S.-Rates.
Laufenberg. Heise.

Apothekerrat.
Reklame auf dem Gebiete der Heilkunde.

Um einer Verbreitung schwindelhafter Reklame in der Tagespresse vorzubeugen, hat der Aerzterat folgendes beschlossen:

Die Verordnung über die Zensur von Reklame auf dem Gebiete der Heilkunde bleibt gemäß den einschlägigen Gesetzen vom Jahre 1899 in Kraft. Die Anzeigen sind also dem Medizinalamt, Mönckebergstraße 7, zur Prüfung vorzulegen. Neueingerichtet wird bis auf weiteres eine Kommission zur Prüfung etwaiger Beanstandungen der durch das Medizinalamt verbotenen Anzeigen. Dieser Kommission werden angehören:

Dr. med. Knack, Allgemeines Krankenhaus Barmbeck,
Apotheker Abel, Eppendorferlandstraße 96,
und Dr. Münzel als Naturheilarzt.

Zusendungen sind an Dr. med. Knack zu richten. (Medizinalamt.)

Der Aerzterat in Hamburg.
J. A.: Dr. Ernst Friedrich Müller.

Apothekerrat.

1. Zur Bearbeitung der Zivilapothekenangelegenheiten ist der Apothekerrat durch folgende Zivilapotheker ergänzt:
Abel, Mandowski, Kriewitz, Hintz.
Die Geschäftsstelle des Apothekerrats befindet sich jetzt Königstraße 48 I, in Hamburg, Fernspr. Hansa 8186.

2. Um in der nächsten Zeit die Krankenversorgung in den hamburgischen Staatskrankenanstalten sicherzustellen, wird angeordnet, daß das interne Personal (Warte-, Pflege- und Dienstpersonal) in der bisherigen Weise weiterzuarbeiten hat.

Neuregelung der Dienstzeit ist gemeinsam mit dem Arbeiter- und Soldatenrat in die Wege geleitet. Wünsche und Anregungen sind an den Aerzterat bezw. Kranken- und Fürsorgerat zu richten.

Der Aerzterat in Hamburg.
Dr. Ernst Friedrich Müller.

Einstellung bei den Lazaretten von Hamburg-Altona.

Zahntechniker, Masseure und orthopädische Arbeiter, welche sich den Lazaretten von Hamburg-Altona zur Verfügung stellen wollen, können sich umgehend beim Sanitätsamt Altona, Behnstraße 8, melden. Die Entlohnung dieser Eingestellten wird in den nächsten Tagen geregelt.

Der Aerzterat in Hamburg.
J. A.: Dr. Ernst Friedrich Müller.

Betreten des Freihafengebiets.

Die von der Polizeiwache St. Pauli Landungsbrücke 3 (Freihafensperre) herausgegebenen Karten zum Betreten des gesperrten Freihafengebietes sowie die von der Freihafensperre den Firmen, welche ihre Arbeitsstätte im gesperrten Freihafen haben, zur Verfügung gestellten Karten für die Angestellten und Arbeiter der Firmen und die Karten der Einwohner von Steinwärder usw. zum Passieren des gesperrten Freihafengebietes behalten nach wie vor ihre Gültigkeit.

Hamburg, den 29. November 1918.

Der Oberste Marinerat der Niederelbe.
gez. Stürmer.

Alle Expeditionsangelegenheiten und Geldsendungen
für die „Rote Fahne" sind zu richten an
E. Küchler, Hamburg, Fehlandstr. 11 1. Stck.

Unterbringung der zurückkehrenden Krieger.

Wie schon bekanntgegeben, hat die Stadt in allernächster Zeit Einquartierung im größeren Umfange zu erwarten. Es sollen belegt werden in erster Linie die unbenutzten gewerblichen und sonstigen Räumlichkeiten, unbenutzte leerstehende Wohnungen usw.; in zweiter Linie muß dann auch auf die übrigen Säle usw. zurückgegriffen werden. Sollte auch das noch nicht hinreichen, so würden Schulen und Privatquartiere an die Reihe kommen. Wir ersuchen nochmals dringend alle die Inhaber von irgendwelchen dazu geeigneten heizbaren Räumlichkeiten, uns diese sofort (Magistrat-Einquartierungskommission, Mathildenstraße Nr. 1) unter Angabe der unterzubringenden Mannschaften, und — falls die Räumlichkeiten sich nicht bei der Wohnung des Verfügungsberechtigten befinden — unter Mitteilung der Stelle, die die Aufsicht über die Räumlichkeiten, Schlüssel usw. hat, aufzugeben. Es wird angemessene Entschädigung gewährt. Verpflegung braucht nicht geleistet zu werden.

Wandsbeck, den 30. November 1918.

Der Magistrat. Einquartierungs-Kommission.

Bekanntmachung.

Für die Ortschaften Schnelsen, Niendorf, Lockstedt, Bönningstedt, Garstedt, Wendloh, Winzeldorf und Ellerbeck ist der Arbeiter- und Soldatenrat Schnelsen und Umgegend (Büro Martin Münster in Schnelsen [Bürozeit 9—1 Uhr] Telephon Merkur 2131) zuständig.

gez. Kunkel. gez. Braasch.

Bekanntmachung.

Haussuchungen, Requisitionen, Beschlagnahmungen usw. für die Ortschaften Schnelsen, Niendorf, Lockstedt, Bönningstedt, Garstedt, Wendloh, Winzeldorf und Ellerbeck im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrates Schnelsen und Umgegend sind nur dann zulässig, wenn sie die Unterschriften von Braasch und Neidhardt tragen.

Bekanntmachungen und Erlasse haben die Unterschriften von Kunkel für Arbeiterrat und Braasch für Soldatenrat zu tragen.

gez. Kunkel. gez. Braasch. gez. Neidhardt.

Ausreise von Zivilgefangenen.

Sämtliche Zivilgefangenen, die den alliierten oder assoziierten Mächten angehören, mit Ausnahme der Belgier, Franzosen, Luxemburger und Elsaß-Lothringer (diese sind bereits abtransportiert; wo Nachzügler vorhanden, können sie hier angeschlossen werden), müssen gemäß Waffenstillstandsvertrag respektive der mit den Mitgliedern der Waffenstillstandskommission der Entente getroffenen Vereinbarung nach Frankreich abgeschoben werden.

Alle oben bezeichneten Personen werden hierdurch aufgefordert, sich am 5. Dezember d. J., 3 Uhr nachmittags, zum Abtransport bei der Polizeibehörde, Hamburg, Stadthaus, Ecke Neuerwall und Stadthausbrücke, Zimmer 10, einzufinden.

Das stellv. Generalkommando des 9. Armeekorps.

Ausreise von Zivilpersonen.

Auf freiem Fuße lebende Staatsangehörige Großbritanniens, Serbiens, Montenegros, Japans, Portugals, Italiens, der Vereinigten Staaten von Amerika, Panamas, Cubas, Costa-Ricos, Siams, Liberias, Chinas, Brasiliens, Guatemalas, Nicaraguas und Haitis ist auf Wunsch sogleich die Rückkehr in ihr Heimatland gestattet, nach ordnungsmäßiger Abfertigung ihrer Legitimationspapiere durch die zuständige Polizeibehörde.

Das stellv. Generalkommando des 9. Armeekorps.

Dankes- und Ehrentag
für das Res.-Inf.-Regiment 76 aus dem Felde
am Sonnabend, 7. Dezember 1918.

Vormittags 8.30 Uhr nimmt das Regiment Aufstellung auf dem Kaisernenhofe der neuen Kaserne. — Ansprache des Obmannes **Krauß.**

Vormittags 9 Uhr: Abmarsch über Bundesstraße, Papenbaum, Grindelallee, Edmund-Siemers-Allee, Dammtor, Kolonnaden, Jungfernstieg, Bergstraße, Hermannstraße, Ferdinandstraße, Glockengießerwall, Hauptbahnhof zum Hachmannplatz.

Vormittags 9.50 Uhr: Aufstellung auf dem Hachmannplatz (vor dem Bieberhaus).

Vormittags 10 Uhr: Offizieller Empfang und Begrüßung des Regiments durch den Hamburger Senat und den Soldatenrat. — Rede des Herrn Bürgermeister Dr. **v. Melle** und eines Vertreters des Arbeiter- und Soldatenrates. — Anschließend daran Ausschmückung der feldgrauen Krieger durch Ehrendamen.

Vormittags 11 Uhr: Festzug durch die Stadt über Hauptbahnhof, Mönckebergstraße, Rathausmarkt, Alterwall, Graskeller, Stadthausbrücke, Große Bleichen, Jungfernstieg, Neuerwall, Admiralitätsstraße, Schaarsteinweg, Schaarmarkt, Ditmar-Koel-Straße, Landungsbrücken, Helgoländer-Allee, Millerntor, Eimsbüttelerstraße, Neuer Pferdemarkt, Schanzenstraße, Sternschanze, Kl. Schäferkamp, Schlump, Grindelallee, Sedanstraße, Neue Kaserne.

Mittags 1 Uhr: Essen im Schlachthofe Sternschanze.

Nachmittags 3 bis 6 Uhr: Ehrennachmittag in den Hamburger Kaffeehäusern und Dielen, Künstlervorträge, Musik usw.

Abends 7.30 Uhr: Beginn des Ehrenabends in sämtlichen Räumlichkeiten des Conventgartens. — Saalöffnung: 6 Uhr. — Verteilung von Liebesgaben. — Vorträge erster Hamburger Künstler. — Anschließend: Ball.

Eintritt: für Angehörige des Regiments frei; für Militärpersonen **Mk. 1,** für Zivil **Mk. 3.** Kindern kann der Zutritt **unter keinen Umständen** gestattet werden. Ebenso Jugendlichen unter 18 Jahren. Es wird nur eine beschränkte Anzahl von Karten an die Angehörigen des Regiments ausgegeben.

Unter Mitwirkung der Regimentskapellen: Res 76 a. d. Felde, Musikm. **Konrad,** E.-B. 76, Musikm. **Gerling,** E.-Art. 45, Musikm. **Bartsch,** Spielleute E.-Res. 76, Bil.-Tamb. **Johmann,** Spielleute E.-B. 76, Bil.-Tamb. **Wönckhaus.**

Den Anordnungen des Absperrungskommandos ist **unbedingt** Folge zu leisten.

Wer an einem würdigen Empfang unserer heimkehrenden Helden Anteil haben will, **spende und schmücke sofort!** Geldspenden: Hamburg: Deutsche Bank „Heimkehrende Reserve 76".

Die „Heimkehr-Kommission Reserve 76",
Leitung:
Meyer-Mascher, Otto, Kiesel, Bach.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei

Distrikt Hamm:
Dienstag, den 3. Dezember, abends 8 Uhr
im Lokale d. Gen. **Wachs, Ecke Döhnerstraße und Dobbelersweg**

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Innere Parteiangelegenheiten.

Distrikt St. Georg:
Mittwoch, den 4. Dezember, abends 8 Uhr
im Lokale von Schnell, Brennerstr. 53

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Organisationsfragen.

Zahlreichen Besuch erwarten **Die Distriktsleiter.**

Distrikt Uhlenhorst-Winterhude:
Mittwoch, den 4. Dezember, abends 8 Uhr
bei **Wucherpfennig, Barmbeckerstr. 33**

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die politische Lage. 2. Diskussion. 3. Parteiangelegenheiten.

Die Mitglieder können ihre Bücher in Empfang nehmen.

Die Distriktsleitung.

Dienstags-Ball-Gesellschaft
veranstaltet
morgen, Dienstag, den 3. Dezember 1918, einen
„Blaue Jungs-Ball"
im großen Saale von
Bans' Gesellschaftshaus
Besenbinderhof.
Karten an der Kasse. Anfang 7 Uhr.
Der Vorstand.

An unsere Kreuzbandbezieher!

Alle, die auf geregelte Zustellung Wert legen, werden gebeten, die Vorausbestellung sowie Voreinsendung des Betrages (Monat M. 4) tunlichst schnell zu veranlassen.

Expedition der „Roten Fahne".

Reform KINO Wexstrasse 5.
Barkhof THEATER Mönckebergstr. 8.

Nur bis Donnerstag:
Das grosse Sitten-Drama:
„Der Weg, der zur Verdammnis führt."
„Der Leidensweg der Unschuld."
Mütter, schützet Eure Töchter vor Sklaven-Händlern.
Der furchtbare Mädchenhandel, dem jährlich Tausende zum Opfer fallen, wird bekämpft in dem obigen Film.
Mädels passt auf!
Mädels nehmt Euch in Acht!
Wir zeigen i. d. obigen Film, wie traurig es Euch ergehen kann.
Unter dem Protektorat des Deutschen Nationalkomitees zur internationalen Bekämpfung des Mädchenhandels.

Ausserdem ab Dienstag:
Der grosse
Singende Film:
Wera Panina. Der Roman einer Zigeunerin.
Begleitende Gesänge aus
„Carmen" — „Zauberlied"
von Meyer Helmuth.
„Ich liebe Dich" von Grieg usw.
Erhöhte Preise.

Kaffee Wallhof
Besitzer: J. Koch
Täglich großes Künstlerkonzert

Rathaus-Kaffee
Täglich die
beliebten bunten Nachmittage
und das grosse
November-Programm

Kaffee Eldorado,
Gr. Freiheit 14.
Ab 1. Dez. wieder eröffnet.

Kaffeehaus
Esplanade
am Stephansplatz.
Täglich:
Paul Jülich
und das glänzene
Dezember-Programm

Die Filiale der
„Roten Fahne"
für **Uhlenhorst** u. **Winterhude** befindet sich
Barmbeckerstraße 34 bei A. Schwarz.

Ohne 2 Marke liefert seit 1879 Jean Holze Besenbinderhof 70

Frauen zum Zeitungsaustragen gesucht.
O. Hammer, Querstr. 6, III.

Achtung!
Zwecks Propaganda Nr. 3 u. 7 der „Roten Fahne" zu kaufen ges.
E. L., Rendsburg, Bahnhofstr. 5.

Hanck's
Spezial-Behandlung.
40j. Erfahr. d. Homöopath. Therapie sämtl. Geschlechtskrankh., Syphilis, primär u. sekundär. Folgen heiml. Gewohnh., Nerv.-, Blasen-, Nieren-, Magen-, Drüsen-Hämorrhoid.- u. Frauenkr.
Alter Steinweg 8,
3. Haus von der Düsternstraße,
v. 10-1 u. 6-8, Sonnt. 10-1
NB. Erfahrungsmäßige Spezialkur gegen Syphilis sowie alle schlecht geheilten, veralteten Leiden. Kein Schmieren, kein Spritzen.

Bei Straßenbahnzusammenst. Ecke Wilhelminenstr. u. Reeperb. gestern Abend 10½ Uhr v. Kriegerfrau Pelzkragen (Blaufuchs) verl. gegang. Wiederbr. erh. Belohn. Der ehrl. Finder w. gebet., bens. bei Frau **Pulvermacher,** Hbg., Markusstr. 52, 2. Et. abzugeben

Schreibmaschinen
Friedensware, dir. Systeme, noch vorrätig!
Friedrich J. Weber,
Schauenburgerstraße 5.
9—1, 3—5 Uhr. Elbe 2770.

HEINR. DUN
Admiralitätstraße 17, 1. Et.
Spezialbehandlung sämtl. Geschlechtskrankheiten, frische u. veralt. Harnröhrenl., Schwächezustände, Nervenleid., Folgen d. Jugendsünd., Schlaflosigk., Herzklopfen, Unlust a. Leben, Magen- u. Darmleid. Ohne Berufsstör. Schnelle Hilfe Strengste Diskret. 33-jähr. Praxis. Sprechzeit von 11—2 und 5—8 Uhr.

Naturheilanstalt Walter Fliess
Wexstraße 11, I. Etg.
Gewissenhafte Behandl. inn. u. äuß. Krankh., Magen-, Darm-, Hautkr., Syphil., Geschlechtskrkht., veralt. Harnröhrenl., Schwächezustände, Frauenkrankh., Gebärmutterverlagerg., Nervenleid., Lungenleid. Asthma, chron. Rachenkat., Bronchitis, Rheumat., Ischias, Beinleid. Lichtbäder, Heilmagnetismus.
Sprechz. 11—1 u. 4—7 Uhr.
Sonntags geschlossen.

Frauenhaar 15–20 M.
Pferdestutz und Schweife 5—6 M., Männerschnitthaare höchsten Tagespreise.
Jos. Lissauer, Laufgraben Nr. 14p., Hoheluftchaussee 77p.

Schiller-Theater.
Direktion: Hans Pichler.
Täglich nm. 3½ u. ab. 7½ Uhr: Frau Holle, Weihnachtsmärch.
Jeder Erwachsene 1 Kind frei.
Dienstag, 3. Dez. abds 7½ Uhr: Freivorstellung für die heimgekehrten Krieger. Ueber die Karten wird vom General-Kommando verfügt.

Circus Busch
Täglich 7½ Uhr, Mittwochs u. Sonntags 3½ u. 7½ Uhr.
Das grosse auserlesene Circus-Programm
und zum Schluss
das Prunk-Ausstattungsstück
Ein Wintermärchen.
Weihnachtsspiel in 5 Akten von Paula Busch nach den Mysterien des Mittelalters.
Vorverkauf: Täglich 10—2 und ab 5 Uhr Circuskasse und bei Hermann Tietz.

KLEINES THEATER
Gr. Bleichen 23. — Tel. Gr. 8, 1282.
Anfang 8½ Uhr.

Stempel liefert schnell Jean Holze Besenbinderhof 70

Hamburger Stadt-Theater.
Montag, 2. Dez., 6½ Uhr: Die Jüdin.
Dienstag, 3. Dez., 7 Uhr: Martha.
Mittwoch, 4. Dez., 6½ Uhr: Margarethe (Faust).
Donnerstag, 5. Dez., 7½ Uhr: Rigoletto.
Freitag, 6. Dez., 8 Uhr: Die toten Augen.
Sonnabend, 7. Dez., 6 Uhr: Zum 1. Male: Nußknacker und Mausekönig. Kinder-Zuschlagskarten von M. 0,45 bis M. 2,20.
Sonnabend, 7. Dez., 8½ Uhr: Hänsel und Gretel.
Sonntag, 8. Dez., 1 Uhr: Nußknacker und Mausekönig. Preise von M. 3,65 bis M. 0,45. Kinder-Zuschlagskarten von M. 1,10 bis M. 0,30.

Altonaer Stadt-Theater.
Montag, 2. Dezember, 7 Uhr: Kabale und Liebe.
Dienstag, 3. Dezember, 6½ Uhr: Peer Gynt. Umtauschkarten und Bons ungültig.
Mittwoch, 4. Dezember, 7½ Uhr: Der Hochzeitstag. Vorher: Unter blonden Bestien.
Donnerstag, 5. Dez., 7½ Uhr Mignon.
Freitag, 6. Dez., 7 Uhr: Ibsen-Zyklus (4. Vorstellung) Rosmersholm. Umtauschkarten und Bons ungültig.
Sonntag, 8. Dezember, 1 Uhr: Das Dreimäderlhaus. (Gewöhnliche Preise).
Klassiker-Zyklus vom 9. bis 30. Dezember 1918 (8 Vorstellungen umfassend). Näheres siehe Anschlagsäulen.

Deutsches Schauspielhaus in Hamburg.
Montag, 2. Dez., abds. 7½ Uhr: Judith.
Anf. 7½ Uhr, Ende geg. 10½ Uhr.
Dienstag, 3. Dez., abds. 8 Uhr: Glaube und Heimat. Ende 10 Uhr.
Mittwoch, 4. Dez., abds. 7½ Uhr: Der Schöpfer.
Donnerstag, 5. Dez., ab. 7½ Uhr: Zum ersten Male: Familie Schimek. Schwank in drei Akten von Gustav Kadelburg. In Szene gesetzt von Carl Wagner.
Freitag, 6. Dezember, Sonnabend, 7. Dezember, 7½ Uhr: Familie Schimek.
Sonntag, 8. Dez., abds. 8 Uhr: Familie Schimek.
Sonntag, 8. Dez., nachm. 3½ Uhr: (Zu Mittelpreisen) Alt-Heidelberg.

Carl Schultze-Theater.
Direktion: Herman Haller.
Montag, 2. Dez., abds. 7½ Uhr: Der Zigeunerbaron.
Dienstag, 3. Dez., abds. 7½ Uhr: Fatiniza.
Mittwoch, 4. Dez., nachm. 4 Uhr: 2. Kinder-Nachmittags-Vorstellung zu besonders ermäßigten Preisen, Kinder zahlen auf allen Sitzplätzen die Hälfte. Hänsel und Gretel.
Mittwoch, 4. Dez., abds. 7½ Uhr: Drei alte Schachteln.
Donnerstag, 5. Dez., ab. 7½ Uhr: Das Fürstenkind.
Freitag, 6. Dez., abds. 7½ Uhr: Fatiniza.
Sonnabend, 7. Dez., nachm. 4 Uhr: 3. Kinder-Nachmittags-Vorstellung. Hänsel und Gretel.
Sonnabend, 7. Dez., abds. 7½ Uhr: Die Fledermaus.

Thalia-Theater.
Montag, 2. Dezember, ab. 7½ Uhr: Die Witwe von Ephesus.
Dienstag, 3. Dezember, ab. 7 Uhr: Szenischer Vorspruch von Philipp Berges. Hierauf: Die Journalisten.
Mittwoch, 4. Dezember, 7½ Uhr: Die Witwe von Ephesus.
Donnerstag, 5. Dez., 7 Uhr: Szenischer Vorspruch von Philipp Berges. Hierauf: Der Kaufmann.
Freitag, 6. Dezember, 7½ Uhr: Ein angebrochener Abend. Hierauf: Feuerzauber.
Sonnabend, 7. Dez., nach. 3½ Uhr Halbe Preise. Zum 1. Male: Großmutter erzählt. Ein Weihnachtsmärchen in 6 Bild. von Erich Kühn, Musik von Horst Platen. Abends 7½ Uhr: Gewöhnliche Preise. Johannisfeuer.
Sonntag, 8. Dez., mitt. 12½ Uhr: Kleine Preise von M. 0.50 bis M. 2.70. Hart gegen hart. Nachmittags 3½ Uhr: Ermäßigte Preise. Die Witwe von Ephesus. Abds. 7½ Uhr: Gewöhnliche Preise. Die Journalisten.
Montag, 9. Dez., abds. 7½ Uhr: Der Teufel.

Eden-Theater
Heute, Montag, 9½ Uhr: Ringen.
Stalling, Mstrr. v. Bremen, gegen Hissmann, Mstrr. v. Wstpr.
Westergard-Schmidt, Weltmstr., gegen Naber, Mstrr. v. Ostpreuß.
Entscheidungskampf
Sauer, Mstrr. v. Bayern, gegen Schmitz, Mstrr. v. Rheinld.

Hansa-Theater
Neuer glänzender
Variete
Dezember-Spielplan
Graciella — Dressurakt
Emil Merkel — Mimiker
Paul Batty — dressierte Bären
Lina Pantzer — Tanzseil
Bernhardt-Trio — akrobatische Neuheit
Paetzold-Truppe — mit ihren Zukunftsrädern
Optischer Bericht — mit neuesten Bildern
Ruth Stachowa — Film-Künstlerin mit
Erich Schönfelder — Film-Schauspieler in
Der Mann in der Anschlagsäule — Filmszene mit Gesang und Tanz.
Anfang 7,30 Uhr.